

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 39.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 28. September 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Uden, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf

14. Jahrg.

Unsere Verbandsgeneralversammlung in Elberfeld.

Die Begrüßungsfeier.

Mit einem **imposanten Festzuge** wurde am Sonntag Nachmittag gegen 1/4 Uhr die IV. Generalversammlung unseres Verbandes eingeleitet. Weit über tausend christlich-national organisierte Arbeiter aus Barmen und einigen umliegenden Orten füllten den Zug. Voran die Radfahrerabteilung „Concordia“ mit ihren blumengeschmückten Rädern und im Schmuckweißen Anzuge. Dann folgte eine Abteilung der Jugendwehr des evangelischen Arbeitervereins in voller Ausrüstung. Dann die Musikkapelle und hinterher die lange Reihe der übrigen Zugteilnehmer in musterhafter Ordnung. Es war eine imposante Demonstration für den Gedanken der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, hier in Barmen-Elberfeld, auf dem für den Sozialismus historischen Boden. Vor der Stadthalle, dem Tagungsort des Verbandes, löste sich der Zug auf, der von zahllosen spalierbildenden Mengen begrüßt, bestaunt und auch wohl von manchen Genossen aus Reid und Scheelsucht bespöttelt und belächelt worden war.

Auf dem geräumigen Plateau der Stadthalle bot sich nunmehr den Delegierten ein **freundliches und für viele wohl fremdes Schauspiel**. Kollege Blankenagel-Barmen führte die Jugendwehr vor, deren Major er ist. In den schmucken Uniformen, mit überschulterten Gewehr, boten die jungen Vurschen in der kompagnieweisen Aufstellung einen erfrischenden und erfreulichen Anblick. Kollege Blankenagel erklärte den Delegierten und zahlreichen übrigen Zuschauern zunächst in kurzen Worten den Zweck dieser nach militärischem Prinzip organisierten und geleiteten Jugendwehr. Es käme darauf an, körperliche Tüchtigkeit, Disziplin, Vaterlandsliebe und Gottesfurcht in den jungen Leuten zu erziehen. Um Gottesfurcht in den jungen Herzen zu pflanzen, sei die Jugendwehr auf konfessioneller Grundlage aufgebaut. Die darauf vorgenommenen Übungen der Wehr, die Exerzierbewegungen, der Parade-marsch und andere Vorführungen ernteten den lebhaften Beifall aller Delegierten.

Mittlerweile hatte sich der geräumige, prächtige Saal der Stadthalle gefüllt, in der gegen 1/27 Uhr die **Begrüßungsfeier** mit dem „Kronungsmarsch“ von dem Philharmonischen Orchester eröffnet wurde.

Die Reihe der mündlichen Vorträge wurde eröffnet mit einem Prologe, der von dem unseren Lesern wohl nicht unbekanntem Wuppertaler Dichter Paul Körber eigens für unsere Verbandsgeneralversammlung gedichtet worden ist. Paul Körber ist in unserem Organ schon wiederholt mit einigen schönen Liedern seiner Muse zu Worte gekommen. Er hat wiederholt den im Arbeitervolk lebenden und ringenden sozialen Gedanken und Problemen dichterische Gestaltung verliehen. Sein Prolog, der vom Kollegen Blankenagel sehr gut wiedergegeben wurde, fand den lebhaften Beifall aller Anwesenden. Körber hatte namentlich mit den Schlusstropfen seines Prologes allen Verbandskollegen und -Kolleginnen aus dem Herzen gesprochen. Diese Schlusstropfen lauten:

Allen denen zum Tagessegen,
Die sich unter uns bewegen. — — —
Aber die noch ferne steh'n, —
Die abseits des Bundes geh'n? —
Ihnen auch sei die Arbeit getan,
Schließen sie nur dem Bunde sich an.
Alle für einen stehen wir ein!
Will der eine nur unser sein.

Läuft im Kummer sein Lebensfaden,
Frohem Lebensfaden zum Schaden, —
Treu dem Bunde sei nicht Dumm,
Wechseln wir aus die falsche Gespinnst.
Ist der eine ein Fädchen nur,
Kam er dem Schifflein auf die Spur.
Das das Fädchen zum Faden schlägt,
Der Treue Gewebe die Probe trägt.

Erst der Eine zum Ganzen gesponnen,
Ist das Bündnis auch begonnen.
Ist die Farbe gleich nicht echt,
Färbt die Zeit ihn schon zurecht. —
Immer enger drum schließt den Bund.
Kommt die große, die herrliche Stund',
Daß wir, gewachsen mehr und mehr,
Wachsen zu siegestarkem Heer.

Diesem Ziele mit Macht zu steuern
Soll Begeisterung uns jetzt befeuern,
Daß von dieser Stunde aus
Ziehe der Wille ins Land hinaus:
Eins im Wollen, eins in der Tat!
Eins, ob Schwester, ob Bruder naht!
Freude zur Arbeit sei unser Teil — — —
Der Tagung Glück! — Der Tagung Heil!

Nach einem vom Gesangverein „Augusta“ in prächtiger Weise zum Vortrag gebrachten Liede hielt Kollege Heinrich Fahrenbrach, unser Bezirksleiter in Barmen, die Begrüßungsansprache. Kollege Fahrenbrach hieß zunächst die erschienenen Delegierten und Gäste willkommen. Dann begrüßte er besonders den Vertreter der Stadt Elberfeld, Professor Dr. Gensel, ferner den Direktor der höheren Textilschule, Professor Dr. Bauer, den Diözesanpräses der kath. Arbeitervereine, Dr. Müller-M.-Gladbach, den Vertreter der evangelischen Arbeitervereine, Pastor Werbeck, ferner den Vertreter des Gesamtverbandes, Kollegen Stegerwald, den Vertreter des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, Kollegen Vogelgang, Schneider vom Verbands der Eisenbahnarbeiter und -Handwerker, Kollegen Euker vom christlichen Gewerkschafts-kartell und namentlich den Kollegen Krikawa vom österreichischen Bruderverbande, endlich die Vertreter der Geistlichkeit beider Konfessionen und die zahlreichen Vertreter anderer Körperschaften. Er verlas eine Reihe Begrüßungsschreiben, so vom belgischen Bruderverbande und dem Gewerberat Menzel, der sein Erscheinen für die kommenden Verhandlungstage in Aussicht stellte. Dann fuhr Redner fort:

„Ich begrüße die Delegierten, die Mitglieder des Zentralverbandes, alle Kolleginnen und Kollegen, welche aus dem weiten Verbandsgebiete hier nach Elberfeld zur Tagung gekommen sind. Werte Kolleginnen und Kollegen! Euer harter Tage ernster, mühevoller Arbeit. Auf Euch schauen die Augen der 40 000 Mitglieder unseres Verbandes, hoffend, daß es Euch gelingt, Mittel und Wege zu finden, um unser großes Verbandsgebäude noch fester, aber auch noch wohnlicher zu gestalten, damit die tausende abseitsstehenden christlich und deutsch gesinnten Textilarbeiter für unsere Gewerkschaftsgedanken gewonnen und die berufswirtschaftlichen Interessen der Textilarbeiter noch wirksamer vertreten werden können. Gedenket bei Euren Beratungen und Beschlüssen der hohen Mission unserer Bewegung, und die Tagung wird sicher gute Früchte für unsern Verband und die Textilarbeiter zeitigen.“

In einer Zeit, wo man die stete und gewaltige Steigerung unserer materiellen Kulturgüter staunend bewundert, wo aber noch in letzter Zeit, besonders durch das Sinken des Geldwertes, Tausende von Arbeiterfamilien, besonders Textilarbeiterfamilien, mit des Lebens Notdurst schwer zu ringen haben, ist eine weitere Stärkung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung doppelt notwendig. Zunächst einmal, um der Arbeiterchaft ihren berechtigten Anteil am Produktions-gewinn und den Kulturgütern zu verschaffen und zu sichern, unter billiger Rücksichtnahme auf die Konkurrenzfähigkeit unserer deutschen Industrie und die berechtigten Interessen anderer Stände. Gesingt uns dies und gewinnen wir einen großen Teil der

indifferenten Arbeiter für unsere Sache, dann haben wir nicht nur der Arbeiterschaft, dann haben wir dem ganzen deutschen Volke, dann haben wir dem Vaterlande genügt. Denn schließlich wird die in unserem deutschen Vaterlande leider schon so stark und mächtig gewordene Sozialdemokratie weder durch Ausnahmegeetze, durch Bajonette und Maschinengewehre, noch durch eine ohnmächtige, am Gängelbände geführte gelbe Unternehmerschutztruppe im Schach gehalten, sondern nur durch einen starken, lebendigen Damm pflichtbewußter und opferwilliger, aber auch selbstbewußter und freier Arbeiter. Nur die Arbeiter, die ihre Rechte und ihre Standesinteressen wirksam zu vertreten in der Lage sind, die noch glauben und vertrauen, daß in unserer Staats- und Gesellschaftsordnung ihre berechtigten Forderungen in absehbarer Zeit erfüllt werden, können dauernd ein Interesse daran haben, für die Erhaltung dieser Staats- und Gesellschaftsordnung einzutreten. Und die christlich-nationalen Arbeiter glauben und erwarten dies und handeln dementsprechend. Das beweisen uns die Vorgänge bei den letzten Reichstagswahlen hier im rheinisch-westfälischen Industrie-bezirk; das beweist uns besonders das Verhalten der christlich organisierten Bergarbeiterschaft bei dem letzten Bergarbeiterkampfe im Ruhrrevier. Dort haben die Anfänger unserer Bewegung gezeigt, daß für sie die Worte christlich und national kein hohler Schall sind, sondern Richtschnur für ihr Tun und Lassen. Das waren patriotische Taten, mehr wert wie tausend schöner patriotischer Reden. Dort haben die christlich-nationalen Arbeiter ihre nationale Zuverlässigkeit, ihre Vaterlandsliebe und Königstreue durch ihr Verhalten bewiesen. Und ich bin gewiß, daß auch die hier Versammelten von dem gleichen Geiste befeelt sind und dies gerne mit mir beklunden werden. Deshalb bitte ich, erheben Sie sich von Ihren Sitzen und stimmen Sie in den Ruf ein, unser liebes Deutsches Vaterland und unser allverehrter Kaiser Wilhelm II. sie leben hoch! In das Hoch stimmte die Festversammlung begeistert ein.“

In der weiteren Folge der Redner sprach dann der Vertreter der Stadt, Dr. Gensel, der zunächst das Bedauern des Oberbürgermeisters, nicht selbst erscheinen zu können, aussprach und dann die Veranstaltung im Namen der Stadt Elberfeld begrüßte. Dr. Gensel erinnerte an die Entwicklung der Textilindustrie Elberfelds, hier hätten Unternehmungslust, Intelligenz und nicht zuletzt fleißiges Regieren der Arbeiter große Erfolge errungen. Er feierte Elberfeld ferner als eine Stätte des echten christlichen Solidaritätsgedankens und wünschte zum Schluß der morgen beginnenden Tagung von ganzem Herzen großen Erfolg. Die sympathischen Worte des Vertreters der Stadt wurden von den Anwesenden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Als nächster Redner begrüßte Kollege Euker die Delegierten im Namen des Ortskartells und der sozialen Kommission Elberfelds. Kollege Schneider, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Eisenbahnarbeiter und -Handwerker überbrachte die Grüße seines Verbandes, Kollege Vogelgang die des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, Kollege Stegerwald des Gesamtverbandes, Kollege Krikawa-Wien die des österreichischen Bruderverbandes, Pastor Werbeck sprach im Namen des Kreisverbandes evangelischer Arbeitervereine die Waffenbrüderschaft der evangelischen Arbeitervereine mit den christlichen Gewerkschaften aus; dasselbe tat Dr. Müller-M.-Gladbach für die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Schließlich nahm, lebhaft begrüßt, unser Zentralvorsitzender Kollege Schiffer das Wort zu einer Rede, die im wesentlichen also lautete:

Schiffer dankte namens des Zentralvorstandes den Veranstaltern der Begrüßungsfeier und allen Mitwirkenden. Dieser Dank gelte auch den vielen warmen Begrüßungsworten und Sympathieerklärungen der Gäste: dem Vertreter der Stadt Elberfeld, der Geistlichkeit beider Konfessionen und den Vertretern der verbündeten und befreundeten Organisationen.

„Wenn wir hier in der Metropole des Wuppertales die diesmalige Generalversammlung des christlichen

Textilarbeiterverbandes und eine so stolze Begrüßungsfeier veranstalten können, hier, in einer bedeutenden Hochburg der Sozialdemokratie, hier, wo vor einem halben Jahrhundert ein Ferdinand Vassallo seine Triumpfe feierte, hier, wo die christliche Gewerkschaftsbewegung stets so viel angefeindet wurde, dann ist diese Tatsache für uns besonders erfreulich. Sie ist aber auch ein Beweis für die Tapferkeit, mit der sich unsere Bewegung verteidigt hat.

Heute steht der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands mit seinen 40 000 Mitgliedern und 750 000 M. Vermögen und einem Jahresumsatz von 1/4 Millionen Markt stark und geachtet da. In der deutschen Arbeiterbewegung und in der Textilindustrie Westdeutschlands muß allgemein mit ihm gerechnet werden. Das war nicht immer so: ein gewaltiges Maß von organisatorischen Schwierigkeiten war zu überwinden; unsere vielfach schlecht gelohnten Berufs- und Gesinnungslosen mußten zum Solidaritätsgedanken und zur Opferwilligkeit erzogen werden. Das ist uns bis zu einem gewissen Grade gelungen. Im letzten Jahrzehnt haben wir unsere Mitgliederzahl verdreifacht, unsere Jahresrechnung verachtfacht. Die Leistungen des Verbandes auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages, des Unterstufungswezens, der beruflichen und geistigen Schulung der Mitglieder haben Anerkennung gefunden, die diesbezüglichen Bestrebungen waren teilweise sehr erfolgreich.

Unsere IV. Verbandsgeneralversammlung wird tagen im Geiste der großen christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die bisher die öffentliche Kritik recht gut bestritten und alle Anwürfe siegreich abgewehrt hat.

Wir werden in diesen Tagen darüber beraten, wie wir die Organisation nach außen weiter ausbauen und ihre innere Kraft weiter stärken können. Wir werden uns die Frage vorlegen, wie wir auch in der kommenden Zeit unsere Arbeiterinteressen im Rahmen des Rechts und der Billigkeit vertreten und fördern können.

Unsere bisherigen industriefreundlichen Standpunkte werden wir beibehalten. Wir sind überzeugt und durchdrungen von dem Gedanken, daß neben den natürlichen Gegensätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eine bedeutungsvolle Interessensharmonie die Arbeiter mit ihrer Industrie verbindet. Wir bestreben uns daher, auch in unserem Verbandsbereich eine vernünftige Gewerbe- und Industriepolitik zu treiben. Wir haben volles Verständnis für die großen Leistungen und die oft schwierige Position der Unternehmer; wir interessieren uns auch als Arbeiter für die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung, für die Preisbildung, für die Einschränkung der Schmuckkonkurrenz. Wir haben den Mut, den Arbeitern auch von Pflichten zu reden, von Pflichten gegen ihre Industrie. Wir gehen durchaus nicht an der Charakterbildung unserer Mitglieder vorüber; sie sollen leistungsfähige und pflichttreue Arbeiter sein. Umgekehrt ist ja auch die Textilindustrie sehr lebhaft an gesunden sozialen Verhältnissen der breiten Volksmassen interessiert, sie ist in hohem Maße auf die Kaufkraft auch der Arbeiter angewiesen.

Aber Protest müssen wir erheben gegen die nun auch in Deutschland immer mehr von Arbeitgeberseite protegierte sogenannte „gelbe“ Arbeiterbewegung. Sie bildet keine Stütze für die Industrie — und sie bringt ihr letzten Endes auch keine Vorteile. Tüchtige, physisch und geistig gesunde, leistungsfähige und von freiwilliger Pflichttreue durchdrungene Arbeiter, die zwar auch ihr gutes Recht in legaler Weise verteidigen, sind auf die Dauer der Industrie viel nützlicher als solche, die ihre Arbeiter- und Staatsbürgerrechte für ein Linsenmus verkaufen und ständig Gefahr laufen, der Liebedienerei zu verfallen.

Unsere Bewegung bezieht sich als christlich und als national! Auf dem Gebiete der Religion selbst können wir uns jedoch als Verband ebensowenig betätigen, wie auf dem der Parteipolitik. Indessen lassen wir uns gerne und gewissenhaft bei unseren gewerkschaftlichen Handlungen vom Geiste und den Grundsätzen des Christentums leiten. Und mancher Berufsgenosse, der bereits an der Grenze des religiösen Lebens oder auch schon jenseits desselben lebte, wurde durch seine christliche Berufsorganisation indirekt wieder Gott und seiner Kirche zugeführt.

Das Vaterland steht uns hoch! Wenn erfüllt die christlich-nationale Arbeiterschaft die ihr von der Nation auferlegten Pflichten, gerne bringt sie auch die im Interesse der Gesamtheit erforderlichen Opfer. Mit Dank und Anerkennung gedenkt sie der deutschen gesetzlichen Arbeiterfürsorge auf dem Gebiete der Sozialpolitik, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrechtes. Sie hat gar oft mit der radikalsten Sozialdemokratie im Kampfe gestanden und deren übertriebene Kritik und unangemessenen Forderungen entschieden und erfolgreich zurückgewiesen.

Daß unsere Mitglieder andererseits nicht als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt sein wollen und einen dem allgemeinen Kulturfortschritt entsprechenden Anteil an den modernen Errungenschaften verlangen, wird ihnen kein rechtlich denkender Mensch verweigern können.

Das ist die Richtschnur, nach der wir feilher handeln, und so werden unsere Prinzipien in der Zukunft bleiben. Ziel haben wir mit ihnen trotz aller Hindernisse und Befehdungen bei fleißiger Arbeit erreicht — allerdings nicht alles. Die Wirklichkeit bleibt ja immer hinter dem Ideal zurück. Aber im Großen und Ganzen können die Erfolge befriedigen. Diese Tatsache stimmt uns stolz und freudig, sie verleiht uns Hoffnung, Mut und Begeisterung für das Werk der Zukunft!

Die Ausführungen endigten in einem Hoch auf den Verband!

Nach der Rede des Kollegen Schiffer brachte die Konzertängerin Fräulein Ellen Ott mit einer außerordentlich sympathischen und klugvollen Stimme einige Gesänge zu Gehör. Wie sehr es die Sängerin verstanden hat, in die Herzen der Anwesenden hineinzufügen, bewies der rauschende Beifall bei ihrem Abtritt von der Bühne.

So wechselten den ganzen Abend Chorlieder des Gesangsvereins „Augusta“, Musikvortrüge und Lieder der genannten Sängerin. Es bestand unter den

Delegierten und Gästen nur eine Stimme darüber, daß sämtliche Darbietungen vorzügliche Leistungen waren, auf die unsere Elberfelder Kollegen mit vollem Recht stolz sein können. Das trifft sowohl für die Musikdarbietungen des Philharmonischen Orchesters, als auch für die Leistungen der Sängerin und des Chores zu.

Wenn wir ein Urteil über den Begrüßungsabend abgeben sollen, so soll es folgendes sein: Unsere Nachener Kollegen hatten vor zwei Jahren für die Begrüßungsfeier der Generalversammlung sehr viel aufgewendet und wirklich eine Feier geboten, die sich weit über den Rahmen dessen hinaus hob, was sonst bei solchen Anlässen geboten wird. Es war eine Feier im echten Sinne des Wortes, die nicht bloß unterhalten, sondern auch erhebend und bildend gewirkt hat. Wir dürfen aber sagen, daß die Wuppertaler Kollegen mit ihren Leistungen den Nachenern im allgemeinen nicht zurückstehen brauchen. Die Elberfelder Begrüßungsfeier darf würdig der Nachener an die Seite gestellt werden. Der prächtige Saal, der in dankenswerter Weise von der Stadt unserer Tagung zur Verfügung gestellt worden ist, die vorzüglichen Leistungen der Musikkapelle, des Gesangchors, der Konzertsängerin, die vielen und zum Teil vorzüglichen und begeisterten Redner, alles wirkte zusammen zu einem schönen, harmonischen und eindrucksvollen Gesamtbilde. Die Begrüßungsfeier bildete eine prächtige Einleitung zu der Tagung, die morgen ihren Anfang nehmen soll. Unsere Begrüßungsfeier in dem „roten“ Elberfeld ist ein Beweis dafür, daß der Gedanke der christlichen Gewerkschaftsbewegung sich trotz und alledem überall durchsetzt.

Die Mitgliederbewegung unseres Verbandes in den letzten zwei Jahren.

(Aus dem vom Kollegen Schiffer der Generalversammlung erstatteten Geschäftsbericht.)

Die Nachener Generalversammlung im Jahre 1910 sah das große Ziel von 50 000 Mitgliedern vor sich. In der Hoffnung, auf dem nächsten Verbandstage 50 000 Mitglieder mustern zu können, ist damals im ganzen Verbandsgebiete die Werbearbeit mit freudigem Eifer aufgenommen worden. Die Erfolge waren ja auch außerordentlich gut. Leider trat bald ein kräftiger Rückschlag ein, der uns in der Mitgliederentwicklung zurückwarf und die Werbearbeit hemmte und zum Teil ganz lahm legte. In Nachen war mit einem starken Aufwärtstreigen des Beschäftigungsgrades in der Textilindustrie gerechnet worden. Dieses Aufwärtstreigen trat jedoch nicht ein, im Gegenteil, infolge außerordentlich schlechter Verhältnisse in der Rohstoffversorgung lag das Baumwollgewerbe so darnieder, wie in vielen Jahren nicht mehr. Auch das Wollgewerbe und viele andere Zweige unserer Industrie erlitten die allgemein erwartete Verbesserung des Geschäftsganges nicht. Es kamen die Zeiten der politischen Wahlen, die auf das Verbandsleben einen ungünstigen Einfluß ausübten. So kam es, daß die Erwartungen bezügl. der Mitgliederentwicklung unseres Verbandes sich nicht erfüllten.

Es liegt jedoch durchaus

kein Grund zum Mißmut

vor. Im Gegenteil, wenn die Mitgliederbewegung in der Berichtszeit — 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1912 — auch großen Schwankungen unterworfen war, so ist sie doch im ganzen gesund und voran gegangen. Wir können in Elberfeld rund 8000 Mitglieder mehr mustern als in Nachen, das ist in anbeacht der ungünstigen Umstände in der Berichtszeit ein sehr schöner Fortschritt.

Am 1. Juli 1908 betrug die Zahl der Ortsgruppen 262, die der Mitglieder 32 681. Bis zum 30. Juni 1912 ist die Ortsgruppenzahl auf 287, die der Mitglieder auf 40 435 gestiegen; mithin ist ein Zuwachs von 25 Ortsgruppen und 7754 Mitgliedern zu verzeichnen. Es wurden insgesamt 41 neue Ortsgruppen gegründet, 16 sind eingegangen. Im übrigen ist die Verschiebung in der Ortsgruppenzahl auf Verschmelzungen bzw. Dezentralisation zurückzuführen.

Die Mitgliederzahl betrug:

	männliche:	weibliche:	total:
2. Quartal 1910	23 323	9 358	32 681
3. " 1910	23 936	9 559	33 495
4. " 1910	28 184	12 136	40 320
1. " 1911	30 388	14 041	44 429
2. " 1911	29 602	13 873	43 475
3. " 1911	27 829	13 203	41 032
4. " 1911	27 594	13 058	40 652
1. " 1912	27 473	13 062	40 535
2. " 1912	27 411	13 024	40 435

Interessant ist ein Uebersicht über die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Landesteile.

So hatten wir Mitglieder am 30. Juni 1912 in

Wuppertal	20 965	Bayern (mit Pfalz)	1 930
Wesfalen	8 688	Württemberg	303

Hannover	469	Baden	1 636
Schleswig-Holstein	501	Elßaß	2 467
Hessen-Nassau	166	Thüringen	636
Schlesien	575	Königreich Sachsen	764
Brandenburg	898	Oldenburg	309

Es kommt noch Bremen mit 78 Mitgliedern hinzu. In bezug auf die Zugehörigkeit der Mitglieder zu den einzelnen Beitragsklassen ist in der Berichtsperiode ein weiterer und zwar erheblicher Zuwachs zu den höheren Klassen zu konstatieren, wie die folgende Aufstellung zeigt:

Quartal	Zahl der Mitglieder in den Beitragsklassen							monatlich
	a 70 Pf.	a 60 Pf.	a 50 Pf.	a 40 Pf.	a 30 Pf.	a 20 Pf.	a 10 Pf.	
III 1909	89	111	2 184	17 693	7 628	613	—	1 199
IV 1909	100	109	2 257	18 132	8 046	600	—	1 207
I 1910	116	126	2 458	19 189	8 795	620	—	1 218
II 1910	121	147	2 844	19 046	8 701	606	—	1 216
III 1910	128	163	2 938	19 465	8 884	677	—	1 240
IV 1910	138	188	3 253	22 004	11 124	1 633	713	1 267
I 1911	160	208	3 597	23 094	12 485	2 463	1 122	1 300
II 1911	167	225	3 751	22 331	12 067	2 499	1 105	1 330
III 1911	205	261	4 166	20 092	11 281	2 530	1 145	1 352
IV 1911	209	263	4 284	19 756	11 268	2 418	1 020	1 434
I 1912	211	254	4 339	19 503	11 178	2 595	1 045	1 410
II 1912	212	267	4 281	19 159	11 273	2 758	1 068	1 417

Demnach leisten über 1500 Kolleginnen und über 5000 Kollegen einen höheren als den Pflichtbeitrag.

Wenn bei diesem „Aufstieg“ in die höheren Beitragsklassen auch in manchen Fällen mit Rücksicht auf die besseren Unterstützungsleistungen materielle Gründe mitgewirkt haben mögen, so bleibt dennoch die Aufwärtsentwicklung an sich als erfreuliches Faktum bestehen; denn sie läßt zweifellos auch den Schluß zu, daß recht viele Verbandsmitglieder durch die freiwillige Mehrleistung ihre besondere Opferfreudigkeit und Hingabe an die Verbandsache dokumentieren.

Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als sie durch die lebhafteste Propaganda für die Sozialbeiträge in keiner Weise gehemmt wurde.

Hinsichtlich der Uebertritte aus anderen Verbänden dürfte folgende Zusammenstellung von Interesse sein. In der Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1912 traten zu uns über:

	Mitglieder
aus lokalen christl. Textilarbeitervereinen	14
„ anderen christl. Gewerkschaften Deutschlands	135
„ ausländ. christl. Textilarbeiterverbänden	63
„ dem „deutschen“ Textilarbeiterverband	820
„ dem Hirsch-Dunckerischen Gewerksverein	176
„ der „Freien Vereinigung“ (Textilarb.)	15
„ anderen sozialistischen Organisationen	52
Zusammen	1 275

Das sind die von der Zentralkasse ermittelten Uebertritte; in Wirklichkeit dürften die Ziffern noch etwas höher sein, da die Meldungen aus manchen Ortsgruppen — wie deren ganze Geschäftsführung — zu wünschen übrig lassen.

Auch bezügl. der Gewinnung jugendlicher Mitglieder

ist die Arbeit in der Berichtszeit nicht erfolglos gewesen. Die Statistik des Jahres 1910 wies auf: 2381 Kollegen und 1924 Kolleginnen unter 20 Jahren; diesmal ergaben die Umfragen: 4986 Kollegen und 3081 Kolleginnen unter 21 Jahren. Läßt man das eine Jahr außer Berücksichtigung, so ergibt sich folgendes Resultat:

1910 total:	4325 jugendliche Mitglieder;
1912 total:	8067 " "
1912 mehr	3742 jugendliche Mitglieder.

Auch dieser Erfolg ist nicht unbefriedigend, er zeigt, daß die Jugend es verdient, besonders beachtet und für unsere Verbandsideale begeistert zu werden. Geschieht das in der Zukunft in erhöhtem Maße, dann wird der Prozentsatz unserer jugendlichen Mitglieder (heute 20) bald erheblich weiter steigen.

Die Mitglieder-Fluktuation.

Eine Gegenüberstellung der Zahl der Neuaufnahmen und der Austritte bietet für die agitatorischen Maßnahmen reges Interesse; sie verlangt eingehendste Berücksichtigung. In der nachfolgenden Aufstellung sind die Todesfälle außer acht gelassen, da ihre Zahl verhältnismäßig gering und die der Uebertritte aus anderen Verbänden ungleich höher ist.

Jahr	Aufnahmen neuer Mitglieder	Zufällige Zunahme resp. Abnahme	Mitglied. Austritte
1901	2 677	+ 590	2 087
1902	3 526	+ 3 504	22
1903	4 285	—	4 367
1904	4 459	+ 3 411	1 048
1905	15 561	+ 7 422	8 139
1906	22 106	+ 8 294	13 812
1907	16 877	+ 4 932	11 945
1908	5 397	— 8 210	13 607
1909	5 333	— 3 255	8 588
1910	13 412	+ 9 869	3 543
1911	10 808	+ 332	10 476
I Halbj. 1912	4 327	— 217	4 544

Insgesamt sind mithin 1901 bis 30. Juni 1912: 82 178

Austritte aus dem Verbands erfolgt. Besonders auffallen muß hierbei die verhältnismäßig geringe Mitgliederflucht im Jahre 1910, im demselben Jahre, in dem die große allgemeine und erfolgreiche Agitation durchgeführt wurde.

Wir sind voran gekommen!

Wenn die Wirklichkeit aber auch vor unserm Ideal halt gemacht hat, so liegt absolut kein Grund zur Kopfhängerei vor. Wir sind in den letzten zwei Jahren auf den verschiedensten Gebieten voran gekommen, ja, es darf bei einem ungetrübten Rück- und Gesamtüberblick konstatiert werden: So gut innerlich gekräftigt, so einig und stark, so aussichtsvoll stand der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands noch nie da, als in diesem Moment.

Mit Mut und Ausdauer, mit Energie und Mäßigkeit werden wir an unsere neuen Aufgaben gehen, zu denen uns die Elberfelder Verbandsgeneralversammlung die Wege weisen soll.

Die Finanzgebarung des Verbandes von Anfang Juli 1910 bis Ende Juni 1912.

(Aus dem vom Kollegen Schiffer der Generalversammlung erstatteten Geschäftsbericht.)

Die Finanzgebarung des Verbandes in der Berichtszeit weist nicht gerade ein erfreuliches Bild auf; zwar sind Einnahmen und Leistungen aller Art — und somit auch die Ausgaben — erheblich gestiegen. Die Ausgaben verschiedenster Art wuchsen sogar derart an, daß nur eine geringe Steigerung des Kasernenvermögens zu verzeichnen ist.

Einschließlich eines Bestandes von 605 337,45 M. in der Zentralkasse und 41 604,89 M. in den Ortsgruppenkassen am 1. Juli 1910 betrug während der verfloßenen zweijährigen Geschäftsperiode

die Bruttoeinnahme 2 043 556,75 M., die Bruttoausgabe 1 325 275,—, sodaß ein Vermögensbestand von 718 281,75 M. (nur Barvermögen) verbleibt.

Zentralkasse. Eine gedrängte Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse in der Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1912 ergibt folgendes Bild:

Table with financial data for the central office, categorized into A. Einnahmen (Income) and B. Ausgaben (Expenditures). Includes sub-sections for Ortsgruppenkassen (Local Group Coffers) and a final summary.

* Die Einnahmen und Ausgaben an Sammelgeld für andere Verbände bzw. Nicht-Textilarbeiter sind in den Aufstellungen nicht mit verrechnet.

Table titled 'D. Gesamtübersicht' showing general financial overview with columns for 'Allgemeine Einnahmen des Verbandes' and 'Ausgaben der Zentralkasse'. Includes sub-sections for 'E. Ohne Bestände' and 'F. Abschluß und Vermögensnachweis'.

Zu dem kommt noch das gesamte Bureau-Inventar u. im Werte von rund 50 000 M. Im übrigen kann hinsichtlich aller Einzelheiten auf die vierteljährlichen Rechnungen verwiesen werden. — In der Berichtszeit erfuhr der Vermögensbestand der Zentralkasse eine Steigerung von 44 585,78 M., die Ortsgruppenkassen vermehrten ihr Plus-Saldo um 26 743,63 M.

Unbefriedigend ist der Abschluß der Hauptkasse;

die im vorigen Geschäftsbericht ausgesprochenen Befürchtungen sind größtenteils zur Tatsache geworden. Die Nachener Verbandsgeneralversammlung hat den Warnungen der Zentralkasse in bezug auf die Unterstützungs-Mehrleistungen nur in geringem Maße beachtet.

Stärkung der Zentralkasse

und auf eine sehr vernünftige Reduktion der „Ueber“-Unterstützungsleistungen gerichtet ist. Es handelt sich in der Tat lediglich um Beseitigung von Mißständen und Auswüchsen, die durch den Vorkauf einzelner Bestimmungen und deren praktische Handhabung sich herausgebildet haben.

Daß unsere Mitgliedschaft zum großen Teil einsichtsvoll genug ist, diese unerfreulichen Tatsachen einzusehen und selbst auf Abhilfe zu drängen, daß weiterhin zahlreiche Anträge auf Abschaffung bzw. Einschränkung der Ortsgruppenanteile und damit auf eine fühlbare Stärkung der Zentralkasse vorliegen, ist ein ehrenvolles Zeugnis für den im Verbands vorherrschenden gesunden gewerkschaftlichen Geist.

Steigerung der Unterstützungssummen.

Die Krankenunterstützung stieg von 147 030 M. auf 173 066 M., also um 26 036 M. Diese Erhöhung ist bei der vermehrten Mitgliedsziffer normal — und dennoch ist die Gesamtsumme zu hoch. Die Arbeitslosenunterstützungsleistung dagegen ist in den letzten zwei Jahren durchschnittlich fast um den 2 1/2 fachen Betrag pro Quartal gestiegen: von 8 000 auf 20 000 M.

Die Streikunterstützung hat sich mehr als verdoppelt; die Gesamtsumme steigerte sich von 132 482 M. 1908/10 auf 276 231 M. in den Jahren 1910/12. Zurückzuführen ist diese Erhöhung lediglich auf die mühselnde Ausperrung im Frühjahr 1911. Dieser Kampf hat in recht fühlbarer Weise — und dennoch nur zum Teil — die Darlegungen auf Seite 46 des vorliegenden Geschäftsberichts bestätigt; sie erscheinen keine Wiederholung, da die Tatsachen laut genug geredet haben.

und vierter Auflage wiederholen kann. Dazu muß der Verband gerüstet sein. Die Elberfelder Generalversammlung wird, dessen ist die Verbandsleitung sicher, die notwendigen Lehren aus diesem Kampfe für die Hauptkassen ziehen.

Aufwendungen für Verbandsblätter.

Uebrigens wäre die Behauptung ungerecht, daß lediglich die Unterstützungsleistungen schuld an der Ausgabensteigerung wären. Nein, auch auf anderen Gebieten sind die Unkosten erheblich gestiegen. Es seien nur drei Hauptposten hervorgehoben:

Table showing specific expenditure items: Fachorgane u. Steigerung (55 720 M.), Agitation und Bezirksunkosten u. Steigerung (77 500 M.), Anteile der Ortsgruppen, Steigerung (60 565 M.).

Mein, auch für diese Ausgabenvermehrung gibt es Erklärungsgründe genug. Bezüglich der Fachorgane darf auf die Vergrößerung und technische Ausgestaltung der „Textilarbeiter-Zeitung“ verwiesen werden; diese Reform entspricht einem Entschlusse der Nachener Generalversammlung. Die Kosten des Verbandsorgans stellen sich natürlich wesentlich höher. — Die wöchentliche Herausgabe des holländischen Blattes „De christelyke Werkman“ hat ebenfalls zur Erhöhung des Zeitungskontos beigetragen.

Steigerung der Agitationskosten u.

ist leicht erklärlich; einmal hat die umfangreiche Agitation 1910/11 an Reisen, Konferenzen, Drucksachen usw. außergewöhnlich viel Ausgaben verursacht. Sollte das Ziel erreicht werden, dann dürfte nicht getauft werden. Dazu trat die Errichtung des Arbeiterinnensekretariats und die von der Kollegin Garder betriebene lebhafteste — und auch erfolgreiche — Agitation.

Die Erhöhung des Betrages, den die Ortsgruppen als Anteile erhielten, bedarf einer weiteren Begründung nicht. Die Ursache liegt in der Vermehrung des Mitgliederbestandes, der Einnahmen und der Steigerung des Ortsgruppenanteils von 12 auf 15 Prozent.

Zum Schluß darf betont werden, daß die Zentralkasse stets auf möglichste Sparsamkeit im gesamten Verwaltungsapparat gedrungen hat und weiterhin mit Nachdruck bringen wird.

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen.

(Aus dem vom Kollegen Schiffer der Generalversammlung erstatteten Geschäftsbericht.)

Bei Aufstellung der Statistik über Streiks und Lohnbewegungen müssen wir immer wieder auf die bedauerliche Tatsache hinweisen, daß es in sehr vielen Fällen seitens der Ortsgruppen-Vorstände vergessen wird, nach Beendigung einer Bewegung der Zentrale einen Fragebogen über den Verlauf derselben zuzusenden. Wertvolles Material geht uns dadurch verloren und wir können nie dazu, eine lückenlose Aufstellung über den Verlauf und den Erfolg aller unserer geführten Bewegungen zu geben.

Die nachstehenden Ziffern geben daher kein vollständig erschöpfendes Bild über das, was durch den Verband in den beiden Berichtsjahren 1910 und 1911 an materiellen Vorteilen für die Mitglieder erreicht worden. Insgesamt war unser Verband beteiligt:

Table with 3 columns: Description of strike/lockout, 1910, 1911. Includes rows for 'An Bewegungen überhaupt', 'Mitglieder waren beteiligt insgesamt', and 'Die Resultate der Kämpfe waren'.

Die Erfolge der Lohnbewegungen und Kämpfe be- fanden in:

1. Lohnerhöhungen:

a) 1910	
Für 2259 Mitglieder bis zu 1,00 M. wöchentlich	
" 858 " von 1,00-1,50 " "	
" 525 " " 1,50-2,00 " "	
" 355 " " 2,00-3,00 " "	
" 28 " " über 3,00 " "	

Total 4025 Mitglieder erhielten einen höheren Lohn von 56406,08 M. wöchentlich oder 293316,00 M. im Jahr.

b) 1911

Für 3207 Mitglieder bis zu 1,00 M. wöchentlich	
" 3453 " von 1,00-1,50 " "	
" 971 " " 1,50-2,00 " "	
" 226 " " 2,00-3,00 " "	
" 205 " " über 3,00 " "	

Total 8062 Mitglieder erhielten einen höheren Lohn von 11618,50 M. wöchentlich oder 604182,00 M. im Jahr.

2. Arbeitszeitverkürzung:

a) 1910

Für 182 Mitglieder von 1 Stunde wöchentlich	
" 189 " " 4 " "	
" 237 " " 5 " "	

Total für 608 Mitglieder 2123 Stunden wöchentlich oder 110396 Stunden im Jahr.

b) 1911

Für 278 Mitglieder von 3 Stunden wöchentlich	
" 58 " " 6 " "	

Total für 336 Mitglieder von 784 1/2 Stunden wöchentlich oder 39780 Stunden im Jahr.

Rechnen wir die Summe von rund 746427,00 M., die in der Berichtszeit für Bildungszwecke, Streiks und Unterstützungen aufgewandt wurden, zu den 897478,00 M., die in der Zeit nachweisbar an Lohnerrhöhungen erzielt wurden, und dann noch die im einzelnen nicht nachgewiesenen Erfolge, dann wird unser Verband in den letzten zwei Jahren seinen Mitgliedern rund

2 Millionen Mark

zugeführt haben.

Allgemeine Rundschau.

Tagesordnung des VIII. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands! Der Kongress, der vom 6.-10. Oktober in Dresden im Zoologischen Garten stattfindet, hat folgende Tagesordnung:

1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes. Berichterstatter: Generalsekretär A. Stegerwald (Köln).
2. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften:
 - a) zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart. Berichterstatter Generalsekretär A. Stegerwald (Köln).
 - b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirt-

3. Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Berichterstatter: Geschäftsführer W. Gutschke (Eberfeld).
4. Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortskartelle in den christlichen Gewerkschaften. Berichterstatter: Gesamtverbandssekretär Fr. Baltrusch (Köln).
5. Das Arbeitsrecht. Berichterstatter: Referendar Fr. Röhr (M.-Glabach) und Reichstagsabgeordneter Joh. Beder (Berlin).
6. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge. Berichterstatter: Gesamtverbandssekretär Joh. Bergmann (Köln).
7. Das gewerbliche Schieds- und Einigungs- wesen. Berichterstatter: Staatsminister Frhr. v. Berlepsch und Verbandsvorsitzender S. Kurtzsch (Köln).
8. Erledigung von Anträgen.

Evangelischer Bund und christliche Gewerkschaften. Daß sich in führenden evangelischen Kreisen die Stellung zu den christlichen Gewerkschaften in wachsendem Maße freundlicher gestaltet, geht aus nachfolgender Resolution hervor, die in einer Versammlung des Evangelischen Bundes in Barmen angenommen wurde:

„Die Versammlung der Bergischen Gruppe des Evangelischen Bundes erkennt nach den beiden Referaten von Sekretär Knebel und Pastor Kaphan über das Thema: „Evangelischer Bund und christliche Gewerkschaften“ an, daß die christlichen Gewerkschaften im letzten Gewerkschaftsstreit ihre Interkonfessionalität und Selbständigkeit gewahrt haben und spricht ihre Ueberzeugung und Hoffnung aus, daß die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer bei ihrer bestimmten Haltung gegenüber allen Schwierigkeiten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, bleiben werden. In solchem Sinne trägt sie kein Bedenken, den evangelischen Arbeitern den Beitritt wie zu anderen nationalen Organisationen, so zu den christlichen Gewerkschaften zu empfehlen und erwartet von den evangelischen Mitgliedern, daß sie allezeit sich als treue Glieder der evangelischen Kirche und Vertreter der deutsch-protestantischen Interessen beweisen werden.“

Der „Einfluß“ der 110. Daß die großen Ver- sprechungen der Sozialdemokratie vor den Wahlen ihrem tatsächlichen Machtverhältnis im Reichstag nicht im mindesten entsprechen, bestätigt wieder „Genosse“ Koll (Karlruhe), indem er in den „Sozialistischen Monats- heften“ (Nr. 18-20) schreibt:

„Im Ernst wird wohl niemand behaupten wollen, daß die Mandatsverteilung bei den letzten Reichstagswahlen die politische Signatur geändert hätte. In einzelnen machen sich die 110 Mandate wohl bemerkbar, ihr Einfluß auf die politische Gesamtlage ist äußerst gering, sofern man da von einem Einfluß überhaupt reden kann. Die Sozial- demokratie bestimmt die heutige Politik heute so wenig, wie sie es vor den Wahlen getan hat, und dabei bliebe es

auch, wenn sie noch mehr Stimmen und noch mehr Mandate erobert hätte. Ihre politische Macht ist in der Hauptsache negativ abwehrend, positiv kann sie sich so lange nicht in entsprechender Weise durchsetzen, als die Sozialdemokratie an ihrer grundsätzlichen Regierung des heutigen Staates festhält.“

Denjenigen aber, die von der Sozialdemokratie halb so etwas wie eine Weltentwende erwarten, kann man angesichts dieser Worte nur zurufen: Lasset alle Hoffnung fahren, die . . .!

Die Feuerungsheze der „Genossen“. Die So- zialdemokraten nutzen die Notlage in einer ganz wüsten und demagogischen Weise für ihre parteipolitischen Zwecke aus. Dabel werden die Tatsachen manchmal auf den Kopf gestellt. Diese wüste Heze ist nicht nur abstoßend, es ist für jeden einsichtigen Menschen auch lächerlich, wenn die sozialdemokratischen Schreihälse mit ungeheuer viel Pathos und Aufwand an Stimmenermaterial die schwierigsten Fragen mit spielender Leichtigkeit lösen.

Die Feuerung ist da, die Arbeiterchaft muß ganz energisch verlangen, daß ihr entschieden zu Leibe gerückt wird. Die Lebenshaltung und Volkskraft leidet darunter, mit großen Opfern errungene Gewerkschaftserfolge wer- den genommen und schließlich muß ein andauerndes Steigen der Preise ohne eine gleichzeitige Steigerung des Lohnes auch den Wert unserer sozialen Gesetzgebung wesentlich beeinträchtigen. Darum ist es eine dringende Pflicht der Regierung und Kommunen, auf Mittel und Wege zur Umänderung der Feuerung zu sinnen und sie praktisch gangbar zu machen. Aber wir wollen doch auch nicht verkennen, daß wir es hier mit einer der schwierigsten sozialen Fragen zu tun haben, die nicht mit der leichten Handbewegung der „Genossen“ gelöst wer- den kann.

Und durch die Heze der „Genossen“ tritt eher eine Verschlimmerung statt eine Verbesserung ein. Denn erstens wird durch diese Heze ein verworrenes und gänzlich falsches Bild der Sachlage dem Volke vor- gehalten. Ueber die tatsächlichen Verhältnisse kennt sich schließlich niemand mehr aus, und keiner weiß, wo der Hebel anzusetzen ist. Zweitens wird durch die auf- reizenden Artikel und Reden eine ungeheure Verbitterung in das Volk getragen. Die ohnehin vorhandenen wirt- schaftlichen Interessengegensätze werden dadurch zu einer leidenschaftlichen Siedehitze verschärft. Leidens- schaftlichkeit ist aber niemals ein guter Berater. Drittens werden die maßlosen Uebertreibungen, die falschen Darstellungen und fortwährenden Widersprüche der roten Hezapostel wegen ihrer einseitigen über das Ziel hinauschießenden Art auf die Dauer nicht einmal ernst genommen, besonders nicht von den maßgebenden Stellen. Viertens bieten uferlose Schwarzmalereien gewissen Elementen eine willkommene Gelegenheit, im Trüben zu fischen und die Preise noch höher zu treiben.

So verschärfen die „Genossen“ durch ihr agitatorisches Resseltreiben die Situation eher, als daß sie sie lindern.

Christlich-nationale Arbeiterchaft und Feuerung. In einer Anzahl größerer Städte hat die christlich- nationale Arbeiterchaft zu der herrschenden Feuerung

Aus der Geschichte und Entwicklung der Wuppertaler Textilindustrie.

(Zu unserer Verbandsgeneralversammlung in Eberfeld.) Von Heinrich Fahrnbrach, Bezirksleiter.

IV.

Mit der günstigen Entwicklung der Textilindustrie mehrten sich Wohlstand und Reichtum im Wuppertal. Schon im 17. Jahrhundert hatten Eberfelder Bürger ihren Landesherren größere Geldsummen borzen können. 1794 konnte Eberfeld den Herzogtumern Berg und Jülich 20 000 Taler und ein Jahr später 120 000 Frk. Vorschuß leisten, wofür den Darlehensgebern manche Vergünstigungen gewährt wurden. Damals gab es schon Millionäre in Eberfeld. Doch war die Zahl derer, die an dem Segen der Wirtschaftstätigkeit teilgenommen, verhältnismäßig klein. Mit dem Wachsen der Kapitalmacht der Unternehmer, dem Aufkommen und der immer weiteren Ausdehnung des Manufaktur- und Fabrikbetriebes, geriet der Lohnarbeiters- stand in immer größere Abhängigkeit von den Besitzern des Kapitals. Besonders unter der Herrschaft der liberalen Wirtschaftstheorie waren die Arbeiter der Ausbeutung durch gewissenlose Kapitalisten schutzlos preisgegeben. Gewiß konnten sich die Arbeiter bei hohem Geschäftsgang und dadurch hervorgerufenem Mangel an Arbeitskräften den mehr lohnenden Arbeiten zuwenden, einzelne vermochten sich auch unter günstigen Umständen emporzuarbeiten, doch war die Lage der Wuppertaler Textilarbeiter im allgemeinen durchaus nicht dem Aufstiege des Kulturlandes entsprechend, zahlreiche Familien lebten in Not und Elend. So mußte schon der preussische General von Horn über das Notstandsgeschäft von 1828 an das Kriegsministerium berichten, daß durch die übermäßig lange Arbeitszeit der Männer, Frauen und Kinder in den Webereien und Spinnereien, sowie durch mangelnde Ernährung infolge mangelnder Arbeitslöhne, die vorgeschriebene Zahl der Militär- tauglichen nicht ausgehoben werden konnte.

Durch den mehrtägigen Betrieb konnten immer mehr Frauen und Kinder, letztere schon in früherer Jugend in den Dienst der Produktion gestellt werden. In den niedrigen, dumpfen, vielfach von Staub, Rauch und üblen Dümpfen geschwängerten Fabrikhallen waren die gesundheitlichen Schäden, besonders für Frauen und Kinder, ungeheuer groß. Aus der Hausindustrie wurde die zwölf- bis fünfzehn- stündige Arbeitszeit mit in die Fabrikbetriebe überge- nommen, geregelte und ausgiebige Arbeitspausen gab es in den meisten Betrieben nicht. So wird beispielsweise aus der Nierenkrankheit berichtet, daß in einzelnen Fabriken den Arbeitern die Eßgeschirre um den Hals gebunden

waren, um auch während der Einnahme des fargen Mittagsmahles die Riemengänge beaufsichtigen und bedienen zu können. Es ist wohl sicher, daß die Arbeiter nur bei völlig unzureichenden Verdiensten für eine solche Arbeitszeit und Arbeitsweise zu haben waren.

Bei einer so ausgeprägten Modeindustrie, wie der Wuppertaler Textilindustrie, folgten die Abjahrsordnungen und Krisen viel schneller aufeinander wie in jedem anderen Industriezweig. Die Folgen sind häufige Arbeitslosigkeit und Lohnverabstufungen. Dabei litt die Arbeiter noch sehr unter dem verwerflichen System der Warenzahlung und unter schlechten Wohnungsverhältnissen; die Preise für Lebensmittel waren meist höher wie selbst in Düsseldorf. Das Eingreifen der Regierung, der Kommunen, sowie die Bestrebungen wohlgesinnter Bürger und der Arbeiter selbst zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes beweisen uns, wie groß die mit dem Kapitalismus und der wachsenden Industrie hervor- getretenen Schäden gewesen sein müssen.

Waren schon zu Zeiten der Garnahrung und der Lein- weberarbeit die Interessengegensätze zwischen Lohn- arbeitern und gewerblichen Unternehmern scharf ausgeprägt in Erscheinung getreten, so noch viel mehr nach Einführung des Fabrikbetriebes, wo der, ohne jeden gesetz- lichen und Organisations-Schutz bestehende einzelne Arbeiter in ein fast flausches Abhängigkeitsverhältnis vom Kapital gezwungen war. So sehen wir die Wuppertaler Textilarbeiter auch schon Lohnkämpfe ausfechten, noch bevor die Arbeiter über ein Koalitionsrecht verfügten. Bei Einsetzen eines flotten Geschäftsganges nach vorausgegangenem längeren schlechten Gesamtjahr traten im Jahre 1855 über 1000 Färbereiarbeiter die Arbeit nieder und erreichten diesmal auch die Billigung einer Lohnerrhöhung. Dagegen eroberte ein im Jahre 1868 erfolgter Streik nach einer Dauer von sechs Wochen ohne Erfolg für die Färberei. Die Wuppertaler Färberei haben später noch recht häufig durch partielle und allgemeine Streiks, teils erfolgreich, teils unter empfindlichen Niederlagen um die Verbesserung ihrer Lage gekämpft.

Auch die Weber litten in den 40er und 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts den fieren Lohnverabstufungen entgegenzusetzen, worunter sie besonders bei flauem Geschäftsgang zu leiden hatten. Dazu litt sie noch ungemein unter dem Drucksystem aus der Gänflingswirtschaft der die Arbeit verteilenden Werkführer. Als die größeren Firmen einsehen, daß durch die fieren Lohn- und Preisdrückereien nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen wurde, trafen sie 1845 und 1848 mit den Hausweberei Vereinbarungen, monach dem vielfachen Werten getreut und bei Arbeitsmangel den Landwirtschaft treibenden Webern und den Webern mit mehreren Stühlen

zunächst die Stühle stillgelegt werden sollten. Für größere Auslagen bei Neuanfassungen und bei zeitraubenden Vorrichtarbeiten sollten die Weber Vergütung erhalten. Um die Gänflingswirtschaft und die Ausbeutung der Weber durch die Wertmeister zu beseitigen, wurde bestimmt, daß kein Wertmeister einen Webstuhl halten oder Inhaber eines Ladens oder einer Schenke sein dürfe. Gleiche Artikel sollten auch gleich entloht werden; ein Ehrenrat sollte die Lohnhöhe bestimmen. Für einzelne Artikel wurden auch Lohnsätze vereinbart. Wenn auch die Löhne eine zeit- lang hoch gehalten werden konnten, so stellte sich doch bei niedergebendem Geschäftsgang das alte Uebel der Lohnrückerei wieder ein, denn eine Anzahl Fabrikanten war der Vereinigung nicht beigetreten und konnte auch nicht dazu gezwungen werden. Die Vereinbarungen wurden nicht mehr gehalten und deshalb der Ehrenrat Mitte der fünfziger Jahre über- flüssig.

1857 wurde die Textilindustrie des Wuppertales durch die allgemeine Wirtschaftskrise schwer getroffen. Zahlreiche Arbeiter wurden arbeits- und brotlos. Besonders in der vorher so glänzend beschäftigten Nierenweberei ruhten die meisten Maschinen. Die Kleinmeister der Hausindustrie wurden am schwersten getroffen. Dabei stellte sich eine erhebliche Feuerung der Lebensmittel ein. Durch die Preis- treiberereien in Amerika anfangs der sechziger Jahre, stiegen die wichtigsten Textilrohstoffe sehr und die Geschäftslage blieb längere Zeit gedrückt. Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne bei Feuerung der Lebensmittel brachten die Verarmung vieler hausgewerblicher Klein- meister und trieb diese in die verhassten Fabriken, deren immer mehr erbaut wurden. All das wirkte mit der Erinnerung an die traurige Lage Ende der vierziger Jahre zusammen, um die Arbeiterbevölkerung des Wuppertales für die Lehren Ferdinand Lassalles, vom ehernen Lohn- gesetz und die Bessergestaltung der Lage des Arbeiterstandes durch Errichtung von Produktivgenossenschaften, für die der Staat das nötige Geld hergeben sollte, empfänglich zu machen. Tausende gründeten 1863 und 64 in Barmen, Solingen und Honnsdorf zusammen, um der Verkündung des neuen Evangeliums durch den hürereißenden Agitator zu lauschen. Hier im Bergischen konnte deshalb Lassalle mehr als die Hälfte der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeiter- vereins werben. 1867 schickte das Wuppertal bereits den ersten sozialdemokratischen Abgeordneten, von Schweizer, in den Norddeutschen Reichstag. So vermochte der nationale Lassalleche Sozialismus seinen Einzug ins Wuppertal zu halten und das Denken der Arbeiterchaft längere Zeit voll- ständig zu beherrschen. Die Arbeiter sahen keinen anderen Ausweg aus ihrer traurigen Lage, sie vermochten die Zu- sammenhänge und die Entwicklung des Wirtschaftslebens nicht zu überschauen. Keine ausreichende Hilfe wurde ihnen von anderer Seite geboten; Regierung und Gesetzgebung veragten.

Stellung genommen und ihren Standpunkt in folgender Resolution niedergelegt:

Seit einer Reihe von Jahren befinden sich die Fleischpreise fast ununterbrochen in aufsteigender Linie. Fleischnot und Preisspannung auf dem Fleischmarkt sind zu einem dauernden Zustand geworden. Die Ursachen der ungeheuren Preissteigerung sind mannigfacher Art. Sie sind teils natürlich aus verteuerten Produktionsbedingungen zu erklären, teils finden sie ihre Ursache in der Regellosigkeit des Vieh- und Fleischhandels, wiederum zu einem Teil in den Schwierigkeiten der Bedarfsdeckung, wie sie sich im Konsum der städtischen, namentlich großstädtischen Bevölkerung herausgebildet hat.

Der ungesunden Preisbewegung kann mit Maßnahmen vorübergehender Art nicht mehr abgeholfen werden. Je tiefer man den Zusammenhängen bei der Fleischproduktion, der Preisbildung und der Warenvermittlung nachgeht, um so klarer stellt sich heraus, daß die Fleischversorgung unserer städtischen, namentlich der industriellen Bevölkerung, sich zu einem außerordentlich ernstlichen Problem herausgebildet hat. Es ist nicht zuletzt der parteipolitischen Ausnützung der Teuerungsercheinungen zuzuschreiben, insbesondere der leidenschaftlichen Hege, die die sozialdemokratische Partei jedesmal damit verbunden hat, daß man im Lande draußen wie in den Parlamenten es an der rein sachlichen Behandlung dieser ernstlichen Frage hat fehlen lassen.

Andererseits muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Regierung, trotz der bereits im vergangenen Jahre vorausgesagten und jetzt zur Wirklichkeit gewordenen Fleischteuerung, nichts getan hat, um entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Wollen wir auf die Dauer zu einer befriedigenden Lösung der Frage der Fleischversorgung gelangen, so müssen Maßnahmen ergriffen werden, die in folgender Richtung liegen:

1. Nach wie vor ist der Hauptnachdruck auf die Förderung der Inlandsproduktion zu legen. Deutschland deckt heute in normalen Zeiten seinen Konsum bis zu 95% aus der einheimischen Vieh- und Fleischproduktion. Es ist für den Kenner der Verhältnisse keine Frage, daß die an sich glänzende Entfaltung der einheimischen Produktion noch weiter gesteigert werden kann. Der notwendige Schutz vor der Auslandskonkurrenz ist so viel wie möglich hochzuhalten, andererseits eine Verbilligung der inländischen Produktion durch zeitweilige oder völlige Abschaffung der Zölle auf Futtermittel (Gerste und Mais) anzustreben.

2. So lange das Inland noch nicht in der Lage ist, den einheimischen Fleischbedarf völlig zu decken, und in dem Maße, als durch Verteuerung der einheimischen Produktion eine Verbilligung des deutschen Qualitätsfleisches nicht erwartet werden kann, muß Sorge getragen werden für ausreichende Zufuhr von Vieh und Fleisch aus dem Ausland. Hier kommt zunächst die Einfuhr des argentinischen Gefrierfleisches in Frage. Diese Einfuhr läßt sich, ohne das Fleischbeschaugesetz in seinen wesentlichen Zielen des Gesundheitschutzes zu durchbrechen, sehr wohl bemerkfälligen, und zwar dadurch, daß die fremdländische Einfuhr schon an den Verpackungs- oder Verladestellen über See deutscher Kontrolle unterworfen wird.

Als weitere Maßnahme käme die kontingentierte Vieheinfuhr an der Westgrenze in Frage. Es ist nicht einzusehen, warum gerade die westliche Grenze des Reiches bei ihrer dichten Bevölkerung und weit ausgedehnten Industrie anders behandelt werden soll, wie die östliche und südliche.

3. Steigerung der Inlandsproduktion und erleichterte Auslandszufuhr bedürfen ergänzender Maßnahmen in einer durchgreifenden Neuordnung des Handelsverkehrs mit Nahrungsmitteln und Nahrungsmittelrohstoffen im Inland.

4. Es muß eine bessere Organisation der Lebensmittelversorgung in den Großstädten und Industriezentren angestrebt werden. Seitens der verbündeten Regierungen ist eine Sachverständigenkommission zu berufen, zu der auch die Fraktionen des Reichstages Vertreter zu entsenden haben. Die Kommission hätte insbesondere die außerordentlichen Teuerungsercheinungen der letzten Jahre zu untersuchen und geeignete Vorschläge zur künftigen Lebensmittelversorgung auszuarbeiten.

Seitens der einzelnen Kommunen sind Lebensmittelämter zu schaffen, die die Preisbewegung der wichtigsten Lebensmittel zu verfolgen und durch geeignete statistische Veröffentlichungen den unbegründeten und ungerechtfertigten Preistreibern entgegenzuwirken haben. Produzenten und Konsumenten sind dadurch einander näher zu bringen, daß die großstädtischen Kommunen z. B. an der Viehbefahrung durch geeignete Maßnahmen (Errichtung von Viehzuchtbetrieben [Schweinemastbetriebe] und Inverbindungtreten mit Viehzucht- und Viehvertriebsgenossenschaften) an der Preisfestsetzung sich ein Mitbestimmungsrecht verschaffen.

5. Seitens der sozialen Organisationen und der Kommunen sind zur Beschaffung und zum Verbrauch von Fleischersatzartikeln (Seefische u.) geeignete Maßnahmen (Errichtung von Fischmärkten, Belehrung der Frauen der minderbemittelten Volksklassen über die Zubereitung der verschiedensten Fischarten u.) in Angriff zu nehmen.

6. Schon jetzt sind Ermägungen und Untersuchungen darüber anzustellen, in wiefern nach Ablauf des jetzigen Zolltarifgesetzes die künftige Zollgesetzgebung und die auf ihr basierenden Handelsverträge Erleichterungen schaffen können, wodurch die Fleischversorgung der Bevölkerung, insbesondere in den Großstädten und Industriezentren, sicher gestellt werden kann.

Die christlichen Gewerkschaften — eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Unsere christlichen Arbeiterorganisationen sind nicht bloß ein natürliches Produkt von Standesempfindungen, sie sind und waren von Anfang eine wirtschaftliche Notwendigkeit, ein Ausfluß aus dem Recht des Arbeitsvertrages. Der neuzeitliche Gesetzgeber hat die Arbeitsbedingungen zum Gegenstand freier Vereinbarung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber gemacht. Beide Teile sollen sich darüber mit einander verständigen. Nun ist es wahr: beide sind aufeinander angewiesen; der Arbeitgeber braucht Arbeitskräfte, die Lohnarbeiter müssen Arbeit haben, denn das ist ihr Brot. Bei näherem Zusehen zeigt sich aber doch, daß ungleiche wirtschaftliche Kräfte einander gegenüber stehen. Der Arbeitgeber ist als Besitzer von Kapital und Produktionsmitteln in den meisten Fällen dem Arbeiter überlegen. Den Ausgleich im Kräfteverhältnis der beiden herzustellen, ist der Grundgedanke der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen. Keine geringere Instanz als das preussische Ministerium hat dieser Sachlage klar und bestimmt Ausdruck verliehen, in der Begründung nämlich zu dem Gesetzentwurf betr. Abschaffung der Koalitionsverbote (1886).

„Koalitionsverbote“, so heißt es in diesen Motiven, „sind gegen Arbeitgeber ohne Bedeutung. Jeder industrielle Unternehmer bildet für sich seinen Arbeitern gegenüber die plausibelste, konzentrierteste und festeste Union. Er bedarf der Koalition nicht; schreitet er dazu, so kann die Verabredung sich auf wenige Teilnehmer beschränken und vermöge dieses Umstandes und mit Hilfe der Mittel, welche die größere Umsicht und das größere Vermögen gewähren, in der Stille eingeleitet und durchgeführt werden, ohne daß sie nachweisbar wird. Den Preis der Arbeit bestimme die Menge des Kapitals, welches Arbeit zu kaufen bereit ist im Verhältnis zu der Menge derjenigen, welche Arbeit verkaufen (Arbeiter). In diesem Sinne ist es von Wert, daß die Arbeiter in der Vereinigung die Kraft suchen können, welche dem einzelnen abgeht, durch die Androhung gemeinschaftlicher Arbeitseinstellung, ein richtiges Verhältnis in der Bemessung des Lohnes zum Unternehmergewinn herbeizuführen.“

Die Einwirkung auf die Arbeitslöhne ist jedoch ebenso wenig das einzig mögliche Ziel der Koalitionen, wie die Höhe derselben das Wohl und Wehe der Arbeiter allein bedingt. Die Koalition kann auch andere, an sich nicht verwerfliche Zwecke haben, wie die Verbesserung gesundheits-schädlicher Einwirkungen in Fabriken, die Milderung von Fabrikordnungen, welchen Arbeitern nachteilige Bestimmungen enthalten usw. Wo im Wege postzeitlicher Vermittlung eine Abhilfe solcher Mängel nicht zu schaffen, oder von der Einsicht der Unternehmer nicht zu erreichen ist, wird die Koalition das äußerste an sich nicht verwerfliche Mittel sein, um zu der gewünschten Abhilfe zu gelangen.“

Diese Gründe, die das preussische Ministerium hier zu Gunsten gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen anführt, sind längst nicht alle. Und was hier von den Aufgaben solcher Organisationen gesagt ist, ist nicht erschöpfend. Sie können mehr sein und sind es auch. Aber das eine leuchtet klar und deutlich aus dieser Regierungserklärung hervor, das Zugeständnis nämlich, daß gewerkschaftliche Organisationen in der Natur der Verhältnisse begründete und absolut notwendige wirtschaftliche Interessensvertretungen sind und darüber hinaus eine Triebkraft des sozialen Fortschritts nicht bloß für die Arbeiterschaft, sondern für das gesamte Gewerbe. Wohl denken die Arbeiter zunächst an ihre eigene Besserstellung in Lohnneinommen und den sonstigen Arbeitsbedingungen, aber in diesem Drängen üben sie einen Zwang aus in der Richtung einer besseren Organisation des Unternehmens, (Betriebs- und Arbeitsorganisation) werden die Pioniere des technischen Fortschritts. Sie unterstellen sich selbst einem Zwang, dem nämlich, größere Leistungsfähigkeit zu entwickeln, denn höheres Lohnneinommen und Verkürzung der Arbeitszeit haben auch höhere Leistungsfähigkeit des Arbeiters zur Voraussetzung. Schließlich kommt das bessere Lohnneinommen der Arbeitermassen in Form gesteigerter Konsumkraft auch wieder dem Gewerbe der Industrie zu statten. Und fördern die Arbeiterorganisationen nicht dadurch, daß sie die Lage der Arbeiter in den verschiedensten Berufen besser und sicherer gestalten, Berufsfreude und Arbeitsfreude, ohne die es keinen Fortschritt gibt? Endlich bedurfte es der Arbeiterorganisation, um den Bemühungen der Arbeitgeber, um der Gesundheit des Gewerbes Erfolg zu verleihen und zu sichern. Es ist nicht möglich, eine gesunde Preispolitik durchzuhalten, den gewerblichen Boden zu säubern von der Sumpfpflanze ruinöser Schmutzkonkurrenz, es sei denn, die Berufsorganisation der Arbeiter leitet dem solidarisches Vorgehen der Arbeitgeber kräftige Stütze.

Adressenänderung. Der seitherige Gesamtverbandssekretär für Württemberg, Kollege Krug, hat mit dem 1. September in Stuttgart eine Parteisekretärstelle übernommen, womit er aus dem Dienste des Gesamtverbandes ausgeschieden ist. Er wird allerdings, nachdem er seinen jetzigen Wohnort Stuttgart beibehält, auch für die Zukunft nach Kräften für unsere Bewegung tätig sein. Das württembergische Gesamtverbandssekretariat wird bis auf weiteres nicht neu besetzt, sondern der seitherige württembergische Bezirk des Kollegen Joseph Erising, Karlsruhe, als v. r. 2711, zur Mitbearbeitung übertragen. Die Funktionäre und Vertrauensleute unserer Bewegung Württembergs wollen also in Zukunft in Fragen, die die Gesamtbewegung angehen, sich an die vorstehende Adresse wenden.

Wie die Genossen sich Schimpffreiheit sichern. In Dortmund war vor einiger Zeit der sozialdemokratische Parteisekretär Franz Klupsch wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt worden. Der Genossenschaftshauptling bezahlte die Kosten nicht und bezeichnete sich als unpfeifbar. Der Kläger ließ einen Schreiber bei Klupsch pfänden,

doch mußte der Schreiber zurückgegeben werden, da Genosse Klupsch nur an „geliehenen“ Schreiberlichen arbeitete. Daraufhin wurde gegen den Gesamtverband des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörde, von welchem Klupsch sein Gehalt bezieht, Klage angehängt. Interessant für die gesamte Öffentlichkeit ist es, wie Klupsch sich auch jetzt von der Tragung der Kosten zu drücken versucht. Durch seinen Anwalt läßt er jetzt folgendes erklären:

„Das Gehalt des Herrn Franz Klupsch bei dem beklagten Verein beträgt monatlich M. 125. Um aber dem Herrn Klupsch die Führung eines standesgemäßen und ordnungsmäßigen Haushalts zu ermöglichen, und um es ihm überhaupt möglich zu machen, seine Stellung auszufüllen und zugleich den ihm gesetzlich obliegenden Verpflichtungen gegen seine Frau und seine ehelichen Kinder nachzukommen, zahlt der beklagte Verein vertraglich der Frau Klupsch allmonatlich den Betrag von M. 93,34. Die Vorstandsmitglieder nehmen den ihnen über ein Gehalt von — 125 zugesprochenen Eid mit der Maßgabe an, daß der Herr Klupsch nur M. 125, seine Ehefrau aber monatlich M. 93,34 Gehalt hat.“

Das Schriftstück ist nach verschiedenen Seiten hin interessant. Da auch die sozialdemokratischen Redakteure die gleichen Verträge haben, können die besoldeten Funktionäre der Sozialdemokratie jeden Menschen beleidigen, soviel sie wollen. Die Geldstrafe trägt die Parteitasse und die Kosten muß der Beleidigte tragen. Unsere Leser werden es daher verstehen, wenn man im bürgerlichen Lager so manche Verleumdung, Beschimpfung und Lüge hinnimmt, die einen sozialdemokratischen Parteifunktionär zum Urheber haben. Denn immer bezahlt im Klagefalle der Beleidigte selbst die Kosten. Die Sozialdemokratie hat deshalb geradezu einen Freibrief für die gemeinsten persönlichen Beschimpfungen ihrer politischen Gegner.

Selbst sind die Genossenschaftsführer aber äußerst empfindlich. Fällt in der Hitze des Gefechtes einmal auf gegnerischer Seite ein ungehöriges Wort, flugs läuft der Obergenosse zum Radi und läßt dort seine ramponierte Ehre flüchten. Denn der bürgerliche Gegner bezahlt ja die ihm eventuell auferlegten Kosten, an denen sich die Genossenschaftsführer so geschickt vorbeizudrücken verstehen. Aufgabe der Gesetzgebung muß es sein, hier einzugreifen.

Ans unserer Industrie.

Konturs in der Rheinischer Textilindustrie.

Aus Rheidit wird gemeldet, daß über die Färberei und Druckerei Gebrüder Berweyen nunmehr Konturs eröffnet ist. Die Passiva betragen ca. 1.200.000 Mark. Die vorrechtlosen Gläubiger werden wahrscheinlich leer ausgehen. Die jetzt in Konturs geratene Firma ist eine alte, weithin bekannte Druckerei-Firma.

Ueber das Exportgeschäft in der Tuchindustrie.

äußert sich die Aachener Handelskammer in ihrem Jahresbericht u. a.: „Das Ausfuhrgeschäft lag unter den ungünstigen Verhältnissen der Damode und der unsicheren politischen Gestaltung sehr darnieder. Die zollpolitischen Maßnahmen verschiedener Länder, die unter dem Schutze hoher Einfuhrzölle ihre eigene Tuchindustrie immer mehr zu entwickeln suchten, haben die früheren Einfuhrzahlen sehr herabgemindert. Es gilt dies in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Amerika, die diesmal nur eine ganz unbedeutende Warenmenge aus dem hiesigen Bezirke entnahmen, und zwar nur für 280.826 Doll. gegen 464.387 Doll. im Vorjahre. Es ist dies die niedrigste Zahl seit der Veröffentlichung dieser Ausfuhrzahlen; sie beträgt im Berichtsjahre nur noch ungefähr ein Viertel der Ausfuhrmenge des Jahres 1890. Japan war im Jahre vor dem Inkrafttreten der neuen Zölle mit Waren derart überschwenmt worden, daß im Berichtsjahre fast keine Einfuhr möglich war. — Frankreich, das früher ein ganz bedeutender Abnehmer für Aachener Tuche war, nimmt infolge des sehr erhöhten Zolles viel weniger auf. Dabei tritt Frankreich neuerdings gerade in Aachener Artikeln als Wettbewerber auf, da aus dem nordfranzösischen Industriegebiete bedeutende Warenmengen zu sehr niedrigen Preisen auf den Weltmarkt geworfen werden. Auch die Ausfuhr nach Holland ist durch die in Aussicht genommene Zollerhöhung sehr bedroht, gleichfalls die nach Belgien, weil dort eine für schwerere Tuche ungünstige Umwandlung von Wert- in Gewichtszoll in Aussicht genommen ist.“

Gute Aussichten für die Baumwollenernte.

Der erste diesjährige Entkörnungsbericht, der die bis zum 1. September entkörnte Baumwollmenge auf 729.000 Ballen angibt, gehört zu jenen Ueberraschungen, an denen der Baumwollmarkt so reich ist, denn er ist nur 42.000 Ballen kleiner als der vorjährige Rekordbericht, dagegen 252.000 Ballen größer als der bisher zweitgrößte vom Jahre 1905. Angesichts der seit Monaten betonten Verspätung der Ernte wirkt dieser Bericht besonders verblüffend und hatte einen lebhaften Verkaufsantrieb zur Folge. Die Verhältnisse auf dem Baumwollmarkt sind zurzeit höchst unsicher und ziemlich kompliziert. Die Ernteschätzungen bewegen sich um 14 Millionen Ballen, und es fehlt an Erfahrungssätzen, ob nach der zurückliegenden Rekorderte die Industrie für ein solches Quantum ausnahmefähig ist, da ja außerdem die sichtbaren Vorräte um eine halbe Million Ballen größer sind als im Vorjahre und auch die unsichtbaren Vorräte in Baumwolle sowie die Lager in fertigen Waren wesentlich höher eingeschätzt werden. Eine weitere Komplikation liegt in den aus anderen Ländern zu erwartenden Baumwoll-

qualitäten. Die Nachrichten aus Innerasien sind vorzüglich, so daß Rußland weniger amerikanische Baumwolle hereinnehmen dürfte als im Vorjahre. Ägypten erwartet eine Rekorderte von mehr als 8 Mill. Cantars, die außerdem frühzeitig ist. Indien sandte permanent gute Nachrichten, und China bietet bereits Septemberverschiebungen an. Infolgedessen sind die Spinner äußerst vorsichtig und zurückhaltend und ihre Entnahmen waren in den letzten Wochen kleiner als im Vorjahre. Allen diesen Momenten gegenüber steht aber die Unsicherheit, ob es gelingen wird, die Ernten in dem heute geschätzten Umfange hereinzubringen, sowie angesichts der allgemein günstigen Weltkonjunktur, die Wahrscheinlichkeit eines bedeutenden Bedarfs in Textilfabrikaten. Erste Fachleute sind der Ansicht, daß die heutigen Notierungen, an den Preisen früherer Jahre gemessen, nicht hoch zu nennen sind, bezweifeln aber andererseits, daß sie den Anreiz zu solch enormer Unternehmungslust bilden werden, wie sie die Baumwollindustrie im Vorjahr bekundete.

Aus dem Verbandsgebiete. Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Ortsgruppenvorstände und Arbeitslosen-Berichterfasser in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß das dritte Quartal am Samstag, den 28. September zu Ende geht. Die Arbeitslosen-Berichtskarten (gelbe Quartalskarten) müssen spätestens 4 Tage nach Schluß des Quartals, also spätestens am 2. Oktober, an die Zentrale eingesandt werden.

Wir bitten dringend, die Karten rechtzeitig einzuenden zu wollen, damit Mahnungen und Reklamationen vermieden werden.

Mit kollegialem Gruß
Die Zentralfstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten. Göppingen (Württemberg).

Zur Aussperrung der im „deutschen“ Textilarbeiterverband organisierten. In der Nummer 37 unseres Verbandsorgans berichteten wir schon über die Ursachen der Aussperrung. Heute können wir mitteilen, daß die Aussperrung der Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in sämtlichen hiesigen Wollwebereien zur Tatsache geworden ist. In einer Woche will der Arbeitgeberverband die von ihm angeordneten Maßnahmen zu einer weiteren Aussperrung in der württembergischen oder süddeutschen Textilindustrie ergreifen, falls bis dahin die Ausständigen der Firma Buß u. Söhne die Arbeit noch nicht aufgenommen haben. Allen Arbeitern, die in Wollwebereien beschäftigt sind, wurde bereits gekündigt. Die Kündigung ist jedoch, wie wir auch schon in Nummer 37 unseres Verbandsorgans mitgeteilt haben, nur eine bedingte. Unserm letzten Bericht haben wir noch beizufügen, daß für die nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeiter die Kündigung als nicht erfolgt gilt, wenn sie nachstehende Erklärung unterschreiben.

Erklärung.

Durch Unterschrift gebe ich hiermit die Versicherung, dem Verband „deutscher“ Textilarbeiter weder derzeit anzugehören, noch ihm seit 1. Januar 1912 angehört zu haben.

Für den Fall, daß meine Wiederbeschäftigung auf Grund dieser Erklärung aus Gründen des Betriebs nicht möglich sein und mir eine freiwillige Unterstützung hierfür gewährt werden sollte, erkläre ich, daß es mir wohl bekannt ist, daß die Firma solche Unterstützungen nur den nicht im fraglichen Verband organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen zu geben beabsichtigt.

Ich würde mir diese Unterstützung also widerrechtlich aneignen, wenn meine obige Versicherung der Wahrheit nicht entspräche.

Göppingen, den ...

Die Arbeitgeber haben die Abgabe dieser schriftlichen Erklärung verlangt, um feststellen zu können, wer sozialdemokratisch organisiert ist. Daraufhin wurde von der Leitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes eine öffentliche Aufforderung an alle Arbeiter erlassen, sie sollten ruhig die Erklärung abgeben, daß sie dem Textilarbeiterverband nicht angehören, auch wenn dieses der Wahrheit nicht entspricht. Dieser Aufforderung ist indessen nur in geringem Umfang entsprochen worden. Dagegen hat eine Anzahl Arbeiter die Abgabe einer Erklärung verweigert. Wie um aus einer Erklärung der Bezirksgruppe des Verbandes Süddeutscher Textilarbeiter hervorgeht, wollen die Arbeitgeber aus dieser Verweigerung der Unterschrift zu obiger Erklärung die Konsequenzen ziehen, d. h. alle diejenigen Arbeiter, die die Erklärung nicht unterschreiben, aussperrten, was nun bereits zum Teil auch schon erfolgt ist.

Bemerkenswert ist nun aber, daß die Zahl der nicht im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche auf Grund der Unterscheidung vorstehender Erklärung von der Aussperrung nicht betroffen werden, ansteigt, um den Betrieb bei sämtlichen Firmen anrecht zu erhalten. Im größten Textilbetriebe hier am Orte, bei der Firma A. Gutzmann u. Comp. z. B. arbeiten mehr wie 60 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen weiter. Bei der Firma Langbein u. Bühler ist die Hälfte der Arbeiter am Montag zur Arbeit gekommen. Auch in den übrigen Betrieben haben sich so viele Arbeiter zur Weiterarbeit eingestellt, daß wohl kein einziger Betrieb geschlossen zu werden braucht. Bei der Firma Buß u. Söhne, wo die Bewegung infolge eines Streiks von 29 Spulerrinnen und Kollerinnen ihren Ausgang nahm, ist der Prozentsatz der Weiterarbeitenden noch am

höchsten. In diesem Betriebe hat sich übrigens schon seit Wochen eine größere Anzahl unorganisierter Weberinnen gefunden, die die Stellen der streikenden Spulerrinnen und Kollerinnen besetzten. Darum haben auch sehr viele klarer sehende Arbeiter, und ganz gewiß mit vollem Rechte, nicht begreifen können, wie die Leitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes trotz der Ausichtslosigkeit des Streiks es trotzdem noch zur Aussperrung hat kommen lassen können. Es bleibt hier nur die eine Annahme, daß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband mit der Aussperrung ein agitatorisches Geschäft machen will, was wohl die Leitung des Arbeitgeberverbandes vor der Aussperrungsandrohung sich ansetzend nicht reiflich genug überlegt hat. Immerhin sind, wie die Dinge gegenwärtig stehen, nachdem die Arbeitermassen der Parole der Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes nicht gefolgt sind, und die Unternehmer die Produktion nur ganz unwesentlich einzuschränken brauchen, die Aussichten für den sozialdemokratischen Verband die denkbar ungünstigsten. Am Streik wie an der Aussperrung sind von nahezu 2000 in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen bis jetzt wohl nur etwa 5-600 beteiligt. Die ganz genauen Zahlen werden wir in der nächsten Nummer veröffentlichen.

Die Göppinger sozialdemokratische Volkszeitung fühlte sich berufen, an dem Verhalten der Mitglieder unseres Verbandes anlässlich der Aussperrung in einigen Notizen eine recht unsachliche und gehässige Kritik zu üben. Daß dieses Blatt aber hierzu gar keinen Grund hatte, erhellt schon allein aus der Tatsache, daß unser Verband nicht zugegeben hat, daß seine bei der Firma Buß u. Söhne beschäftigten Weberinnen die Stellen der Streikenden besetzten. Schon seit Wochen erhalten die Weberinnen der Firma Buß u. Söhne, die zur Verrichtung von Streikarbeit aufgefordert worden, diese Aufforderung aber zurückgewiesen hatten, von unserem Verbands Streikunterstützung. Ob die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes in einem solchen oder ähnlichen Falle uns gegenüber genau so verfahren wäre, wagen wir stark zu bezweifeln. Wir werden aber auch, wenn die Wortführer im gegnerischen Lager, statt sich bei Lohnbewegungen mit uns rechtzeitig über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen, weiter nichts als wie uns nur beschimpfen und verdächtigen können, es uns sehr überlegen müssen, ob wir in Zukunft uns bei Streiks, die nur von Mitgliedern des deutschen Verbandes durchgeführt werden, Solidarität üben, um dann zum Danke dafür nachher uns noch von denselben Leuten, für die wir Solidarität geübt, verleumden zu lassen. Für den dadurch entstehenden Schaden mögen sich dann die „frei“ organisierten bei ihren Führern bedanken. Warum findet aber das rote Blatt gar nichts auszuweisen an dem Verhalten seiner ihm sehr nahestehenden sozialdemokratischen Freunde bei dem Streik bei der Firma Buß u. Söhne? Sollte es ihm denn wirklich nicht bekannt sein, daß, während schon seit Wochen Arbeiterinnen hier im Streik stehen, die allerersten Anverwandten von sozialdemokratisch organisierten streikenden Arbeitern Streikarbeit verrichten und ruhig weiter arbeiten, als wenn sie der Streik nicht im allermindesten etwas angeht? Darum, verehrte Volkszeitung, lehre zunächst einmal vor deiner eigenen Türe!

Das Vorgehen der Mitglieder unseres Verbandes bei der Aussperrung ist vollständig einwandfrei. Wenn die rote Volkszeitung der Meinung ist, die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes hätte sich, weil die 29 streikenden Spulerrinnen und Kollerinnen alle frei organisiert seien, mit unserer Verbandsleitung gar nicht zu verständigen brauchen, so erlauben wir uns, in diesem Falle gegenteiliger Ansicht zu sein. Nachdem unsere Mitglieder zur Verrichtung von Streikarbeit aufgefordert worden, aber lieber den Betrieb verlassen, als wie die Stellen der Streikenden einzunehmen, waren wir ebenfalls an dem weiteren Verlauf der Bewegung und seinem Ausgange interessiert. Weil uns aber der deutsche Verband sowohl jetzt, als wie auch bei mehreren Bewegungen in den letzten Jahren, wiederholt übergegangen hat, wollten unsere Mitglieder mit Recht gar nichts davon wissen, zugunsten des roten Verbandes sich von den Unternehmern aussperrten zu lassen. Sie haben darum die eingangs dieses Berichtes veröffentlichte Erklärung unterschrieben und damit eigentlich gar nichts anderes getan, als wozu der Göppinger Beamte des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, Herr Masuthe, in der Nummer 20 der roten Göppinger Volkszeitung vom Freitag, den 30. August, alle Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert hat. Und daß wir bei dieser Bewegung den einzigen richtigen Weg eingeschlagen haben, beweist uns einmal die Tatsache, daß das Verhalten der roten Verbandsleitung sowohl bei der Bürgerchaft wie auch bei dem größten Teile der Arbeiterchaft keinerlei Sympathien zu erwecken vermocht hat, daß dagegen unsere Versammlungen im Aussperrungsgebiet sehr gut besucht waren und wir bis jetzt schon ganz ansehnliche Fortschritte in agitatorischer Hinsicht erreichen konnten. Und unsere Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen werden nun aber hoffentlich ausnahmslos die mit so froher Begeisterung angenommene und bereits erfolgreich gewesene Meinarbeit noch weiter fortsetzen, damit eine noch größere Anzahl noch nicht gewerkschaftlich organisierter Kolleginnen und Kollegen die Notwendigkeit einer auf christlicher Grundlage aufgebauten Textilarbeiterorganisation einseht und sich uns anschließt.

Streik i. Vogtland.

Erfolgreiche Eingabe. Für die Recker der Firma Georg Schieber, A.-G. Järberei und Appreturanstalten, hatte unsere Geschäftsstelle am 1. August eine Eingabe betr. Änderung des Entlohnungssystems an die Järbereiconvention gerichtet. Verlangt wurde die Einführung des Systems, wie es in anderen Järbereien be-

reits besteht. Am Freitag, den 13. September, erfolgte im genannten Betriebe die erste Auszahlung nach dem neuen System und betrug der Mehrverdienst für je einen Presser pro Woche 4 M. Der Verband müht also etwas.

Sof a. Saale.

In Streik getreten. Am Montag, den 9. September, traten die Spinner und Anleger der „Vogtländischen Spinnererei“ in den Ausstand. Ihnen schlossen sich am Dienstag die Drosselspinner an, worauf die Fabrikleitung alle anderen Arbeiter entließ. — Auch Spinnerarbeiter der Abteilung „Saalepinnererei“ haben sich seit 11. September im Streik. In beiden Betrieben kommen rund 1000 Arbeiter in Betracht. Solidaritäts- und Tarifangelegenheiten bilden den Grund zum Vorgehen der Arbeiterschaft.

Mühlhausen i. Glf.

Zum Streik in den hiesigen Betrieben. „Textilarbeiter“ bringt in seiner Nr. 37 aus Mühlhausen einen Bericht über die dortige Bewegung, der in knapper Darstellung das gewerkschaftswidrige Vorgehen der roten Verbandsleitung rechtfertigen soll. Wir wollen an das ganze Laborat jetzt nicht eingehen, weil wir nach Schluß der Bewegung eine zusammenfassende Darstellung derselben zu geben gedenken. Nur auf einige besonders kluge Behauptungen in dem Bericht des „Textilarbeiter“ sei hier kurz eingegangen.

So sollen die Führer des christlichen Verbandes Unterzeichnung eines Schriftstückes verlangt haben, in dem die Mitglieder dieses Verbandes ohne jeden Zwang bereit seien, die Arbeit niederzulegen. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Die Mitglieder des christlichen Verbandes bei der Firma Köchlin-Schmitt, die vorher nur beschimpft und verspottet hatte, wurden von der roten Streikkommission angejammert, Solidarität zu üben und die Arbeit gleichfalls niederzulegen. Erst erklärte man: „Die Christlichen haben das Recht vorzuziehen, nur beschimpft und verspottet hatte, wurden von der roten Streikkommission angejammert, Solidarität zu üben und die Arbeit gleichfalls niederzulegen. Erst erklärte man: „Die Christlichen haben das Recht vorzuziehen, sich an Lohnbewegungen zu beteiligen.“ Man wollte die Sache ohne die Christlichen machen und — schleifte die Gewerkschaftskarren in den Sumpf. Dann erinnerte sich die roten Strategen plötzlich wieder ihrer christlichen Arbeitsbrüder und bestellten um ihre Solidarität. Und unsere Mitglieder waren gutmütig genug, trotz alledem die Arbeit gleichfalls niederzulegen. Nur verlangte sie von Herrn Gsell die Unterzeichnung einer Erklärung, daß sie sich durch die Arbeitsniederlegung nicht mit der Bewegung als solcher einverstanden erklärten. Darauf verfertigte und unterschrieb Herr Gsell folgendes (wörtlich wiedergegebene) kulturhistorisch wertvolle Dokument:

Erklärung:

Unterzeichneter bestätigt hiermit, auf Verlangen des christlich organisierten Spinner und Anleger der Firma Köchlin-Schmitt, daß sie sich freiwillig, ohne irgend welchen Zwang, bereit sind, die Arbeit niederzulegen.

J. A.: Der Streikkommission:
Josef Gsell.

Und da schreibt nun der rote „Textilarbeiter“, daß wir bei nochmaligem Durchlesen eingesehen hätten, welche Dummheit wir damit gemacht hätten. Das ist doch die Höhe!

Gewiß bedeutet die obige Erklärung eine Dummheit, eine solche Dummheit, daß, wenn ein zehn-jähriger Volksschüler sie in der Aufsatzstunde abgefaßt hätte, er das Prädikat „ungenügend“ erhalten hätte. Aber nicht wir, sondern Herr Gsell ist der Verfasser der obigen Erklärung und wir haben uns köstlich amüsiert, als uns dieselbe zu Gesicht kam.

Anders verhält es sich mit der folgenden Erklärung, welche von uns verfaßt und von Herrn Gsell unterschrieben wurde. Diese, für welche wir auch die redaktionelle Verantwortung übernehmen, hat folgenden Wortlaut:

„Hiermit verpflichte ich mich, bei künftigen Lohnbewegungen in Mühlhausen die Beiratsleitung des christlichen Verbandes über Gründe und Zwecke der Bewegung vorher schriftlich zu verständigen, wenn Mitglieder des christlichen Verbandes in Frage kommen.“

Diese Erklärung wurde von Herrn Gsell, auf Drängen seines Gauleiters Glanzmann und einer Versammlung der Streikenden, unterschrieben, nachdem er hinter „wenn“ noch die Worte „mindestens 5 Proz.“ ohne unser Wissen eingeschoben hatte.

Trotz dieser eigenmächtigen „Korrektur“ zogen wir unsere Mitglieder aus dem Betriebe von Köchlin-Schmitt heraus und verboten unseren Mitgliedern bei der Firma Engel die Verrichtung von Streikarbeit. Als aber bei letzterer Firma eine Kommission vorstellig wurde, um die Verrichtung von Streikarbeit zu verweigern, da stellte sich heraus, daß — überhaupt keine Streikarbeit verrichtet wurde. Die Mitglieder des roten Verbandes hatten demnach „für die Katz“ ihre Arbeit niedergelegt. Jedermann hätte nun erwartet, daß die rote Verbandsleitung zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen würde. Ob dies geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Tatsache aber ist, daß die Streikenden, welche den Kampf als Verweigerung von Streikarbeit begonnen hatten, denselben als Lohnkampf weiterführten und zwar ohne jeden Einfluß der Organisationsleitungen, wie es ausdrücklich auf einer Einladung zur Streikversammlung hieß. Und weil unsere Mitglieder solche Sprünge nicht mitmachen, deshalb verschreit man uns jetzt als Streikbrecher. Hier müssen sich schon Dummheit und Bosheit die Wage halten, um zu einem derartigen Urteil zu gelangen. Was die letzte Behauptung im Bericht des „Textilarbeiter“ anbelangt, daß wir „eine Hez gegen Kollegen Gsell inszenieren“, um denselben von Mühlhausen wegzubringen, so spielt hier die

Spinnenfurcht eine Rolle. Im Gegenteil wünschen wir Herrn Hell noch eine lange „gelegene“ Tätigkeit in Mülhausen.

Sachsen-Thüringen.

„Freiwillige“ Lohnaufbesserungen. Mit Freitag, dem 4. Oktober, treten im Bereich des „Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien“ die sogen. „freiwilligen“ Lohnerhöhungen für Webereiarbeiter und -Arbeiterinnen in Kraft. Wir geben die Zustände der Webwarenfabrikanten hier nochmals wieder und ersuchen unsere Mitglieder über ihre Lohnerhöhungen genau Buch zu führen und die kommenden Fragebogen genau zu beantworten. Die Lohnerhöhung wird betragen nach dem bestehenden Tarif: Position 1 Kaschmir für alle Breiten 10%, alle übrigen Positionen bis 110 cm Blattbreite mindestens 20%, von 110 bis 130 cm Blattbreite mindestens 15%, über 130 cm Blattbreite mindestens 10%, stückfarbene Herrenstoffe mindestens 5%.

Im Bereich der „Sächsisch-Thüringischen Färbekongvention“ kommen ebenfalls am 1. Jahrtag im Oktober (4. resp. 5. Oktober) die „neuen Mindeststundenlöhne“, die einer ganzen Anzahl von Färbearbeitern beachtenswerte Lohnerhöhungen bringen, zur Auszahlung.

Für Färbearbeiter und Appreturarbeiter über 18 Jahre und über 6 Monate in demselben Betriebe pro Stunde 30 Pfg., über 18 Jahre aber noch nicht 6 Monate in demselben Betriebe pro Stunde 27 Pfg., für Arbeiterinnen über 16 Jahre 18 Pfg.

Ueberstunden-Mindestlöhne: Für Arbeiter bei einem Stundenlohn bis 27 Pfg. pro Ueberstunde 30 Pfg., bei einem Stundenlohn bis 30 Pfg. pro Ueberstunde 35 Pfg., bei einem Stundenlohn über 30 Pfg. pro Ueberstunde 40 Pfg., für Arbeiterinnen pro Ueberstunde 20 Pfg.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Borghorst. Zur außerordentlichen Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe christlicher Textilarbeiter hatte sich eine sehr große Zahl der Mitglieder, sowohl Arbeiter wie Arbeiterinnen, eingefunden, galt es doch, von dem bisherigen langjährigen Vorständlichen Abschied zu nehmen und einen neuen wieder zu wählen. Der Vorsitzende, Kollege Fr. Artstötter, eröffnete die Versammlung mit der Mitteilung, daß er ab 1. Oktober in Rheine als Gewerkschaftssekretär angestellt sei und deshalb eine Neuwahl notwendig würde. Eine längere Ansprache hielt der Bezirksleiter Kollege Camps-Münster. Er gab einen kurzen Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung der hiesigen Ortsgruppe. Besonders hob er hervor, daß Kollege Artstötter seit Bestehen der Ortsgruppe dem Vorstände angehört, 5 Jahre als Schriftführer und seit 1908 als Vorsitzender und wie derselbe es verstanden habe, in unermüdblicher Arbeit sich das Vertrauen der Mitglieder zu erwerben und die Ortsgruppe auf eine nie geahnte Höhe zu bringen, sowohl nach innen wie nach außen. In demselben Sinne sprach dann noch der zweite Vorsitzende, der dem Scheidenden in warmen Worten den Dank der Ortsgruppe aussprach. Bewegt nahm sodann Kollege Artstötter Abschied von der Ortsgruppe, besonders dankte er den Vertrauensmännern und Vorstandsmitgliedern für die treue Mitarbeit. Er schloß mit dem Wunsche, daß der gute Geist, der jetzt unter den Mitgliedern herrsche, auch in Zukunft abhalten bleibe. Als Vorsitzender ging aus der Wahl hervor, Kollege G. Schäfer. Zur Bezirkskonferenz in Münster wurden zwei Arbeiter und eine Arbeiterin gewählt. Die Differenzen zwischen der hiesigen Apotheke und der Krankenkasse wurden dann noch eingehend besprochen. Ferner wurde den Mitgliedern aus Herz gelegt, wie bisher, so auch in Zukunft die Krankenkassenvorsitzenden zu unterstützen. Mit dem Hinweis, daß am Sonntag die Versammlung der Jugendlichen stattfindet, worin die Leiter des Arbeiterkursus Herr Lind. Rarre sprechen wird, und nach einer kurzen Ansprache des neuen Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Engelskirchen. Einführung von Sozialzuschlägen. Seit langer Zeit möchten wir jetzt auch mal unser Verbandsorgan in Anspruch nehmen, da dieses uns bei der Einführung von Sozialzuschlägen besonders nützlich erscheint. Wir Engelskirchener Mitglieder, besonders vom Vorstande, sind uns der Notwendigkeit einer Stärkung der Verbandskasse voll und ganz bewußt. Da dieses am besten durch Sozialbeiträge geschieht, haben wir uns ernstlich mit der Frage der Einführung derselben befaßt. In einer Vorstandssitzung sind wir soweit gekommen, daß wir uns sagten, der Sozialbeitrag muß eingeführt werden. Am 12. September hielten wir deshalb eine Versammlung ab, die jedoch einen besseren Besuch hätte aufweisen können. Aber das plötzlich eingetretene schöne Wetter wird wohl auch etwas zum schlechten Besuch beigetragen haben. Vorsitzender Kollege Frösler erklärte den Anwesenden, wie nötig es sei, die Zentralkasse zu stärken und auch die Vorteile, die unsere Ortsgruppe habe bei Einführung von Sozialbeiträgen. Durch die Stärkung unserer Ortsgruppenkasse werden wir die Bedürfnisse hier am Orte besser befriedigen können als bisher, besonders was die Hausagitation anbetrifft. Gewerkschaftssekretär Schmeijer vom Bergarbeiterverband ergänzte die Ausführungen des Kollegen Frösler und zeigte uns noch eingehend die Verhältnisse bezüglich des Sozialbeitrages im Bergarbeiterverbande. Von der Nachbargruppe Osberghausen sprach noch Kollege Hög. Er riet uns, einen Sozialbeitrag von 5 Pfg. pro Woche vom 1. Oktober an zu erheben und später, wenn unsere Ortsgruppenkasse stark genug sei, einen Krankenzuschuss für die drei letzten Tage der ersten Krankheitswoche zu zahlen. Nach einer kurzen Diskussion wurde dem Antrag, 5 Pfg. zu erheben, einstimmig zugestimmt. Das traurige bei der Sache ist, daß diejenigen, die gegen den Sozialzuschlag sind, auch nicht zu den Versammlungen kommen. Bei den Vertrauensleuten tun sie das Schlimmsten und machen denen ihre Arbeit schwer, aber zur Versammlung kommen sie nicht. Wir bitten unsere Mitglieder dringend, alle an der nächsten Versammlung teilzunehmen. Dort wird nochmals Gelegenheit sein, sich zum Sozialbeitrag auszusprechen. Zum Schluß der oben erwähnten Versammlung wurde Kollege Ewald Delling als Delegierter zur Bezirkskonferenz nach Mülheim a. Rh. gewählt, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Erzitz im Vogtlande. Am 9. Sept. verunglückte unsere, bei der Firma Georg Schleiter A.G., Färberei und Appreturanstalten, beschäftigte Kollegin Maria Olga Knebel. Sie beschränkt eine Glasdecke und stürzte infolge Durchbruchs derselben eine Tasse tief herab. Hierbei zog sie die Kollegin gefährliche Schnittwunden am ganzen Körper zu. Die Verletzungen hätten leicht noch gefährlicher werden

können, da die Kollegin beim Herabfallen die Transmission streifte. Der Vorfall möge unsere Kollegen und Kolleginnen zur Vorsicht mahnen und sie, falls derartige schadhafte Verkehrsmittel vorhanden sind, zum energischen Einschreiten veranlassen.

Hausen i. W. Unsere letzte Mitgliederversammlung vom 4. September war gut besucht. Kollege Mümmel aus Börsch sprach über den bevorstehenden Verbandstag, über die Sozialbeiträge und über die Herbst- und Winteragitation. Bei der Abstimmung stimmten alle Anwesenden für die sofortige Einführung des Sozialbeitrages von 5 Pfg. die Woche. In der Diskussion wurde u. a. auch hervorgehoben, daß die Löhne hier im vollen Hause noch sehr gering sind. Zum Schluß wurde noch Stellung genommen zu der vom freien Verband eingeleiteten Lohnbewegung in der Spinnerei Brennet in Hausen. Troßdem wir mit einer Anzahl Mitglieder in diesem Betriebe beteiligt sind, geht der freie Verband ganz unter Ausschluß unseres Verbandes vor. Bezirksleiter Mümmel gab unsern Mitgliedern Verhaltensmaßregeln für alle etwa eintretenden Fälle. Mögen nun die Mitglieder immer so zahlreich erscheinen wie in dieser Versammlung.

Servitz. Aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens hielt unsere Ortsgruppe am 9. Sept. eine in allen Teilen wohl gelungene Feier ab. Der Vorsitzende, Kollege Euler gen. Faust, eröffnete die Festversammlung und gab dem Kollegen Wittke aus Bamberg das Wort, der die Anwesenden begrüßte, besonders die Ehrengäste, Herrn Landrat Valentin, Herrn Bürgermeister Köll, Herrn Kaplan Kind als Vertreter des beurlaubten Ortsgeistlichen, Herrn Lehrer Storch, die zahlreich erschienenen Freunde und Kollegen aus Judza und Hersfeld, vor allem auch den Zentralvorsitzenden, Kollegen Schiffer aus Düsseldorf.

Freudig begrüßt, ergriff hierauf Kollege Schiffer das Wort zur Festrede. In eindringlichen Worten legte der Redner die großen Ziele der christlichen Gewerkschaften dar, auf wirtschaftlichem, geistlichem und sittlichem Gebiete. Gewerkschaftsarbeit ist Kulturarbeit. Deutschland ist kein reiner Agrarstaat mehr. Die Industrie ist ein Lebensnerv am deutschen Volkskörper geworden. 28 Millionen Menschen stellen die Arbeiter mit ihren Angehörigen. Gewiß ein Faktor, mit dem der moderne Staat, die Gesellschaft rechnen muß. Alle Stände haben das größte Interesse an einem gesunden, kräftigen Arbeiterstand. Die Arbeitgeber selbst haben den größten Vorteil aus einer richtig geführten, nationalen Arbeiterbewegung; sie gibt ihnen tüchtige, intelligente Arbeiter, die durch ihre Gewerkschaft zum Pflichtbewußtsein erzogen werden. Wer die christliche Arbeiterbewegung kennt, weiß, daß für sie die soziale Frage längst nicht mehr bloß Magenfrage ist, daß die Arbeiter mehr wollen als bloß eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Das soll nur die Grundlage sein, auf der sie aufbauend weiter arbeiten will an der geistigen Erhebung des vierten Standes. Und es geht voran mit dieser Aufwärtsbewegung! Unermüdbliche Aufklärungsarbeit durch Zeitungen, Broschüren, durch die große Schaar von Beamten, durch die unermüdbliche Arbeit unserer Vorstände und Vertrauensleute. Wir sehen die Erfolge unserer Arbeit: Millionen Markt an Lohnerhöhung, Tausende von Stunden an Arbeitszeitverkürzung, dadurch Befundung des Arbeiterstandes, z. B. Fällen des Prozentfahes der Schwindelichtigen unter den Textilarbeitern von 38% auf 32%. Heute haben wir 360 000 christlich organisierte Arbeiter! Zwar noch wenig gegen die 2½ Millionen sozialdemokratisch organisierten. Aber noch vor 10 Jahren gälte sie diesen als „totgeborene Kinder“. Heute muß der „Vorwärts“ gefestigt: Jene sind gewachsen, ihre Führer verstehen ihre Sache, man muß mit ihnen rechnen. In Rheinland-Westfalen sind die christlichen Arbeiter der feste Stamm gegen die gewaltigen Wogen der ankämpfenden Sozialdemokratie. Man muß es sich klar machen, was das bedeutet! Die Zeit ist ernst. Es gilt in erster Linie, die Jugend an uns heranzuführen. Wer sie hat, hat die Zukunft. Darum frisch an die Tat! 40 000 christlich organisierte Textilarbeiter stehen auf dem Kampfplatz. Der Winter muß 50 000 unter die Fahne ziehen! Die ersten Worte des Redners fanden einen freudigen Widerhall in den Herzen der Anwesenden.

Freudig aufgenommen wurde auch die herzliche Ansprache des Herrn Landrat Valentiner: Die christlich-nationale Gewerkschaften wahren die berechtigten Interessen der Arbeiter und verlieren dabei Gott und Gottvertrauen nicht aus den Augen. Das sind schöne Ziele. Nicht einseitiges materielles Streben, sondern wirtschaftliches, kulturelles, sittliches Arbeiten im Rahmen des Staatsganzen — das ist ein Streben, das auch der Landrat begrüßen muß, ist es doch gleichsam die praktische Ausführung des Rufes: wir wollen zusammenhalten.

Herr Kaplan Kind sprach die herzlichste Sympathie der kirchlichen Kreise gegenüber den christlichen Gewerkschaften aus. Mögen diese auf dem Wege wacher Fortschreiten, und treue, bewährte Führer sie führen. Das wolle Gott. Mit Worten des Dankes an alle die, welche der Ortsgruppe durch Wort und Tat ihre Sympathie bejubelt, schloß Kollege Wittke den offiziellen Teil des Festes.

Tüllensbeck. Am Freitag, den 6. September, war vom hiesigen Ortsgruppenvorstand eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, welche ziemlich gut besucht war. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war Wahl eines ersten Vorsitzenden. Wie ja allen Kollegen und Kolleginnen bekannt ist, wurde unser erster Vorsitzender, Kollege Heinrich Spickerhöfer, aus bestimmten Gründen gezwungen, sein Amt als Vorsitzender niederzulegen. Doch ist er zu unserer Freude nicht der christlichen Gewerkschaftsbewegung verloren gegangen, denn er hat als Arbeitersekretär fern von der Heimat, im Brandenburgischen, Gelegenheit gefunden, weiter für die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu kämpfen und neuen Boden zu gewinnen. Wir hoffen, daß seine Bemühungen nicht erfolglos bleiben. Nach längerer Ansprache unseres Kollegen Spickerhöfer, welcher gelegentlich eines sozialen Ausbildungskurses in Bethel b. Bielefeld hier weilte, machte auch noch Kollege Camps, unser Bezirksvorsitzender, auf den verantwortungsvollen Posten eines Vorsitzenden aufmerksam. Sodann wurden von der Versammlung verschiedene Kollegen vorgeschlagen. Aus der Wahl, die geheim stattfand, ging mit Stimmenmehrheit als Vorsitzender Kollege Fr. Gehring hervor. Kollege Gehring dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und forderte die Mitglieder auf, sich regelmäßig an den Versammlungen zu beteiligen. Als Schriftführer wurde für den Kollegen Gehring Heinrich Möller gewählt. Sodann wurden verschiedene Anträge zur Verbandsgeneralversammlung besprochen. Als Delegierter ist Fr. Gehring gewählt. Die Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz wurde bis zu einer demnächst einzuberufenden Vorstand- und Vertrauensmännerkonferenz vertagt. Darauf wurde die Versammlung mit einem kurzen Appell an die Mitglieder geschlossen.

Lubberich. Unsere am Sonntag, den 16. Sept. im Lokale des Herrn Konrad Wispeles stattgefunden Mitgliederversammlung erledigte zunächst die Delegiertenwahl für die

diesjährige Bezirkskonferenz. Sodann referierte Kollege Stiels über einige Anträge zur Verbandsgeneralversammlung, die für unsere Zentralkasse von einschneidender Bedeutung sind. Aus einer sich an dieses Referat anschließenden Diskussion ging allgemein hervor, daß in den hiesigen Mitgliederkreisen kein Interesse für eine weitere Ausdehnung der Unterfütterungseinrichtungen des Verbandes besteht. Notwendig sei eine weitere Stärkung der Zentralkasse, um in Zukunft noch mehr wie bisher schon, gerechte Wünsche der Arbeiter befriedigen zu können, auch dann, wenn es sich um ein Vorgehen bei wenig sozial denkenden Arbeitgebern handelt. Mit solchen müsse heute leider noch gerechnet werden. Hierauf wurden noch die augenblicklichen Verhältnisse bei der Firma Medica & Co. einer scharfen, aber notwendigen Kritik unterzogen.

Waldbich-Kollnau. Immer mehr breitet sich der christlich-nationale Gewerkschaftsgeist auch hier im Ortale aus und gewinnt an Boden. Im Juli 1911 wurde unsere Ortsgruppe Waldbich gegründet und etwas später das christliche Gewerkschaftskartell. Und nun hat letzteres am Sonntag, 25. August, ein Gewerkschaftsfest gefeiert, auf das unsere junge Bewegung mit Stolz und Freude zurückblicken darf. Freundlich, wie schon lange nicht mehr, schien am Sonntag die Sonne, was sich in einer ungemein starken Beteiligung geltend machte. Mit dem 1/3 Uhr-Zug kamen dann noch die auswärtigen Gäste, am Bahnhof mit Musik empfangen und in stattlichem Zuge durch die Stadt zum „Kreuz“ begleitet. Eine erfreulich große Anzahl Radfahrer der „Concordia“ eröffneten den Zug und allüberall fanden die Stahlrosen die besondere Aufmerksamkeit der Zuschauer. Der Kreuzsaal vermochte anfangs die vielen Teilnehmer nicht zu fassen, Kopf an Kopf saßen sie da, in der schwülen Luft, während ein großer Teil sich im Garten niederließ. In rascher Reihenfolge wickelte sich nun das Programm ab.

Zunächst ein flotter, schneidiger Marsch unserer beliebten Stadtmusik, die auch gestern wieder durch ihre Unterfütterung dem ganzen Arrangement seinen besonderen Reiz verlieh. Ein weißgekleidetes Mädchen, Maria Hofmann, sprach mit Ausdruck und guter Betonung einen Prolog, während der hiesige Kartellvorsitzende, Kollege Wasmer, die Gäste und Mitglieder herzlich bewillkommnete und der großen Freude über die ungemein zahlreiche Beteiligung Ausdruck gab. Der wirklich vorzüglich gelungene Vortrag der Gesangsabteilung des katholischen Arbeitervereins unter Leitung des Herrn Rambah „O Schutzgeißt alles Schönen“ wurde mit reichem Applaus verthannt. Begrüßungen liefen ein von den Herren Kaplan Hund, Landtagsabgeordneten Reimhard, der durch den Arbeiterkongreß in Schwabingen am Erscheinen verhindert war, Gewerkschaftssekretär Schmiz und Mümmel.

Die Festrede hatte Kollege Gewerkschaftssekretär Höhling aus Straburg übernommen. Auch er gab seiner Freude über den unverhofft zahlreichen Besuch beredten Ausdruck und leitete dann auf sein Thema über, das er behandelte. Wie stellt sich die christlich-nationale Arbeiterschaft zum Staate und wie stellt sie sich zur Religion? In großen Zügen zeichnete er ein Bild von dem tiefen Unterschied zwischen den Bestrebungen der Christlichen und der Sozialdemokratie gerade in dieser zweifachen Hinsicht. Die Sozialdemokraten streben den Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung an, sie wollen das Bestehende vom Grund aus abreißen und auf den Ruinen ein neues Staatengebilde aufbauen. Sie bezeichnen den heutigen Staat als etwas Verlottertes, Verdorrenes. Wir christliche Arbeiter wollen die Mängel, die der heutigen Gesellschaftsordnung anhaften, durch zeitgemäße und zweckentsprechende Reformen zu beseitigen suchen. Der heutige Staat sei nicht das, wie er von der Sozialdemokratie in den düstersten Bildern gezeichnet werde, wiewohl nicht bestritten werden könne, daß man geübert werden müsse. Bezüglich seines zweiten Gedankens: wie stellt sich die christlich-nationale Arbeiterschaft zur Religion? erklärte der Redner: Während die Sozialdemokratie der heutigen Wirtschaftsordnung den nackten Materialismus zur Grundlage geben wolle, strebe die christliche Arbeiterschaft das Gegenteil an, sie baue auf das christliche Sittengesetz als Fundament. Man habe den Christlichen daraus schon oft einen Strich zu drehen gesucht. Der Materialismus fordere den Grundsatz, daß der Stärkere den Schwächeren übermächtige dürfe und — was manchen Arbeitern zum Nachdenken anregen dürfe — den gleichen Grundsatz vertrete auch das saararabische Scharfmachertum, während die christliche Arbeiterschaft durch das christliche Sittengesetz das ausgeglichene Recht anstrebe. Sie sehen im Arbeitgeber nicht wie die Sozialdemokratie den Ausbeuter, den Blutsauger. Sie strebe eine starke konkurrenzfähige Industrie an, denn nur dann könne die Arbeiterschaft mit Recht auch ihren Platz an der Sonne beanspruchen. Auch die Christlichen fordern eine Befreiung ihrer Existenzbedingungen. Redner wies auf den Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 hin. Er schloß seine hiezu von starkem Beifall unterbrochenen Ausführungen mit einem Appell an jene Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften noch fernstehen und brachte ein von stürmischer Begeisterung begleitetes Hoch auf die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung im Ortale aus.

Während der nun eintretenden Pause lüfteten sich die Reihen im schwülen Saal sehr, teils, um sich nach dem Garten zu verziehen, teils, um einen Spaziergang durch die Stadt zu machen. Das Programm wickelte sich aber ruhig weiter ab: Musik und Gesangsvorträge wechselten miteinander ab. Des Zusammenwirkens der Ortale Organisation mit der Freiburger gedachte Herr Gertrich-Freiburg. Am Schluß des Programms stiftete Vorsitzender Wasmer den Dank ab für die zahlreiche Beteiligung, der Stadtmusik für die vortrefflichen Leistungen, der Gesangsabteilung des katholischen Arbeitervereins für die prächtigen Lieder und zum Schluß der hiesigen Geschäftswelt für die Unterstützung durch die Beteiligung am Inzeratenteil des Festblattes. Der erste Teil des schönen Festes war damit zum Abschluß gelangt.

Den Abschluß bildete ein überaus stark frequentiertes Tanzfest, wobei neben humoristischen Vorträgen das Reigenfahren einiger Mitglieder der „Concordia“-Gitar den Glanzpunkt des Abends bildete. Die Aufführenden ertulden den reichsten Beifall. Auch ihnen sei nochmals Dank gesagt sowie der ganzen stattlichen Zahl der „Concordianer“, die dem Festzug des Nachmittags ein herrliches Gepräge verliehen. Herr Müller von Freiburg stiftete noch den Dank seitens der Freiburger für den freundlichen Empfang ab.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Lohnzahlung in Papiergeld. In den letzten Wochen ist wiederholt die Frage besprochen worden, ob es zweckmäßig sei, die Lohnzahlung an die Arbeiter in Papiergeld zu leisten. Wir möchten uns hier über die Zweck-

Literarisches.

Unser Verbandsliederbuch. Der Zentralvorstand hat ein Verbandsliederbuch herausgegeben. Er ist damit einem in weiten Mitgliederkreisen empfundenen Bedürfnis...

Wir Protestanten und die christl. Gewerkschaften. So lautet der Titel einer kleinen Broschüre, die im christl. Gewerkschaftsverlag zu Köln erschienen ist.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Neue, ab 5. Juli 1912 gültige Fassung. Taschenformat. Preis M. 1,10.

Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Eheleuten gemeinverständlich dargestellt...

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Untere Verbandsgeneralversammlung in Eberfeld. Die Mitgliederbewegung unseres Verbandes in den letzten zwei Jahren. Die Finanzgebarung des Verbandes.

der Ausnahme als ausreichend nicht angesehen werden könne.

Zunahme der Frauenarbeit in Japan. Nach den Berichten des Industrie-Departements nimmt die Frauenarbeit auch in Japan rapide zu, besonders in der Seiden- und Textilindustrie.

Verammlungskalender.

- Vertrath. 2. Okt., 9 Uhr, bei Rudolf Gerats, Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenz. Bocholt. 29. Sept., 10 Uhr, Langenbergstr., Abrechnung der Vertrauensmänner.

VII. Bezirk Hannover.

Am Sonntag, den 20. Oktober, findet in Hannover-Linden im Vereinshaus, Konfordiastr. 14, unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt.

X. Bezirk Bamberg-Fulda.

Die Ortsgruppen werden gebeten, die Wahl der Delegierten zu der am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr in den Luisenparks zu Bamberg beginnenden diesjährigen ordentlichen Bezirkskonferenz...

XI. Bezirk Südbayern.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 27. Oktober in Kaufbeuren statt. Tagungslokal Gasthaus zur Rosenau.

Bezirk Schlesien.

Am 20. Oktober findet in Landeshut im städtischen Schützenhaus unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz statt. Die Ortsgruppenvorstände werden ersucht, die Wahl der Delegierten nach § 40 des Statuts vorzunehmen.

mäßigkeit dieser Frage nicht äußern (sicherlich sind da ganz erhebliche Einwendungen zu machen), sondern vielmehr die rechtliche Seite der ganzen Angelegenheit erörtern.

Nach § 115 Absatz 1 der Gewerbeordnung sind die Gewerbetreibenden verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar auszuzahlen.

Der § 115 beabsichtigt, das die Arbeiter schädigende sogenannte Truchsystem auszuschließen, insbesondere die Ablöhnung durch Waren, Marken usw. zu verhindern.

Das Bürgerliche Gesetzbuch, das Handelsgesetzbuch und die Zivilprozessordnung fassen den Begriff der Barzahlung im gleichen Sinne auf. Als Zahlungsmittel sind gesetzlich zugelassen die Reichsmünzen, die Reichskassenscheine, die Reichsbanknoten und die Noten der deutschen Privatnotenbanken.

Vom Hausarbeitsgesetz. Zur Durchführung der bereits rechtskräftig gewordenen Bestimmungen des neuen Hausarbeitsgesetzes und zur Vorbereitung weiterer Maßnahmen hat das sächsische Ministerium des Innern...